



Genehmigung am 31.10.2024 (genehmigt)

Protokoll 17

Stadtratssitzung
Donnerstag, 13.09.2024, 09.00 bis 12.20 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 09.00 bis 12.20.....2

Anwesenheit in der Sitzung von 09.00 bis 12.20

Stadtrat anwesend

Tom Berger, 1. Vizepräsident

Yasmin Amana Abdullahi	Bernhard Hess	Niklaus Mürner
Janina Aeberhard	Thomas Hofstetter	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Stephan Ischi	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Seraphine Iseli	Cemal Özçelik
Ruth Altmann	Ueli Jaisli	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Bettina Jans-Troxler	Florence Pärli Schmid
Ursina Anderegg	Anna Jegher	Halua Pinto de Magalhães
Mirjam Arn	Raffael Joggi	Ronja Rennekampff
Oliver Berger	Nora Joos	Simone Richner
Lea Bill	Barbara Keller	Claudio Righetti
Laura Binz	Fuat Köçer	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Nora Krummen	Sarah Rubin
David Böhner	Anna Leissing	Judith Schenk
Michael Burkard	Christoph Leuppi	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Nik Eugster	Simone Machado	Bettina Stüssi
Sofia Fisch	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Dominik Fitze	Esther Meier	Lukas Wegmüller
Katharina Gallizzi	Daniel Michel	Béatrice Wertli
Franziska Geiser	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Thomas Glauser	Szabolcs Mihályi	Markus Zürcher
Muriel Graf	Tanja Miljanovic	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Valentina Achermann	Lukas Gutzwiller	Ingrid Kissling-Näf
Debora Alder-Gasser	Bernadette Häfliger	Salome Mathys
Natalie Bertsch	Matthias Humbel	Michael Ruefer
Jelena Filipovic		

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
--------------------------	-----------------------	-------------------

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat

Mago Flück, Ratsweibel

Cornelia Stücker, Sekretariat

2023.FPI.0096

3 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025 – 2028 mit Budget 2025 (Abstimmungsbotschaft)

Vizepräsident: Ich bitte euch, Platz zu nehmen und ruhig zu werden. Ich begrüße euch zum zweiten Tag der diesjährigen Finanzdebatte und zur insgesamt 3. von vielleicht – oder vielleicht auch nicht – 5 Sitzungen.

Ich gebe euch als erstes die Entschuldigungen bekannt. Für alle 3 Sitzungen entschuldigt sind Salome Mathys von der GLP, Michael Ruefer von der GFL, Debora Alder-Gasser von der EVP und Ingrid-Kissling-Näf von der SP. Für die erste Sitzung entschuldigt haben sich Lukas Gutzwiller, GFL, Bernadette Häfliger, SP, und Matthias Humbel, GFL. Ein bisschen später oder vielleicht sogar erst auf die zweite Sitzung, sollte es denn eine geben, kommt Gabi Blatter. Und ebenfalls ein bisschen später kommt Tanja Miljanovic.

Dann habt ihr alle ein Säckchen vor euch auf eurem Pult. Vielleicht habt ihr schon reingeschaut, vielleicht auch nicht. Es ist tatsächlich so, dass ich euch heute einen Rücktritt aus dem Stadtrat bekanntgeben muss. Diejenigen, die unter der Woche die Zeitung gelesen haben, wissen es bereits: Claudio Righetti verlässt uns. Und ich lese euch jetzt sein Schreiben vor, das ihr, glaube ich, auch bei euch im Säckchen habt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem Wahljahr sind Flexibilität und Teamgeist besonders wichtig. Das ist der Grund, warum ich mich bereits heute etwas früher aus unseren Reihen verabschiede. Ich tue dies, um unserer jungen und hochmotivierten Kollegin aus der Mitte, Michelle Steinemann, die Möglichkeit zu geben, sich noch in diesem Jahr mit diesem Amt vertraut zu machen, und ich hoffe, ihr damit einen Vorsprung zu verschaffen. Für mich geht ein Kapitel zu Ende, das ich vor rund 4 Jahren als Quereinsteiger hoffnungsfroh eröffnet habe, und das ich heute etwas ernüchert, aber ohne Bitterkeit, gefühlt als Queraussteiger wieder schliesse. Ich bin Queraussteiger deshalb, weil ich als eingefleischter Kosmopolit mit weit gestecktem Horizont in der Kommunalpolitik in Bern nie so richtig gelandet bin. Zu Hause in Bern, fremd in der Berner Politik – eine ungewohnte Situation. Vorgewarnt hatte mich bereits vor vielen Jahren mein Grossvater, Konzertmeister am Berner Symphonieorchester, ein überzeugter, aber eben auch kritischer Berner. Er erzählte mir als Kind die Geschichte der Erschaffung Berns. Als Gott Bern schuf, war er so überwältigt und erfreut, dass er meinte, einen Ausgleich schaffen zu müssen, und so beschloss, die Berner nach Bern zu schicken. Ich habe das immer für einen Witz gehalten, aber hier in der Politik habe ich dann eine Seite von Bern kennengelernt, die ich vorher nicht kannte. Und ich habe mich immer öfter gefragt: Ist vielleicht doch etwas dran an dieser Geschichte? Wie dem auch sei, ich setzte mich stets mit Herzblut für unsere Anliegen ein und werde mich auch in Zukunft als freiheitsliebender Brückenbauer für die Politik der Mitte einsetzen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass in der politischen Mitte, frei von Ideologien und basierend auf offenem Dialog und Kompromissbereitschaft, die wahre DNA der schweizerischen Politik und der politischen Kultur zu Hause ist. Gerne zitiere ich in diesem Zusammenhang Marco Solari, der mir in einem Gespräch anvertraute: Die Schweiz ist ein Juwel, ihre politische Kultur ein Kunstwerk. Das ist es, was dieses Land bis heute wirklich zusammenhält: Die Sorge um die 1000 kostbaren Gleichgewichte. Wir müssen uns dessen bewusster werden. Viele Entscheidungen, die wir hier im Stadtrat treffen, haben mittel- und langfristige Auswirkungen über unsere Region hinaus. Und als Bundeshauptstadt tragen wir eine besondere Verantwortung für unser Land. Wir

sind also nicht nur gut beraten, sondern im Grunde auch verpflichtet, bei unseren Entscheidungen die grösseren Zusammenhänge im Auge zu behalten und Gleichgewichte zu wahren, dazu gehört auch zu erkennen und anzuerkennen, dass es nicht nur eine richtige Vorstellung einer Lebensweise, eines Lebensstils gibt, sondern dass es viele gibt. Alle haben ein Recht darauf, in ihren Anliegen beachtet und respektiert zu werden. Wenn wir als Berner Gemeinschaft langfristig stark und erfolgreich sein wollen, müssen wir mehr Toleranz zeigen und aufeinander zugehen. Ziel muss es sein, Bern als eine kulturoffene und zukunftsfähige Hauptstadt voranzubringen, für alle von uns, und nicht nur eine parteipolitische Ideologie durchzusetzen und als Regelweltanschauung zu zementieren. Weil mir persönlich Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung sehr wichtig sind, ich möchte sogar sagen, lebenswichtig sind, schenke ich euch zum Abschied dieses kleine Buch, das vor uns liegt. Es wurde vor über 200 Jahren von einem Schotten namens Adam Smith geschrieben. Es handelt sich um die Grundlagen der modernen Nationalökonomie, die Smith in seinem Werk "Wohlstand der Nationen" gelegt hat, basierend auf einer sich selbst regulierenden, harmonischen Wirtschaftsordnung und im Vertrauen auf einen liberalen Kapitalismus, dessen Grundzüge Smith sehr anschaulich erklärt. Ich dachte, dies könnte doch gerade für einige von uns ein erfrischender Denkanstoss sein, wie wichtig Unternehmertum und Wirtschaft für den Wohlstand und den Fortschritt sind, und wie wesentlich es daher ist, einerseits mit Steuergeldern sorgsam umzugehen und andererseits die Interessen der Wirtschaft vorausschauend zu fördern. Der Lohn dafür ist gross, liebe Freunde: Freiheit, Unabhängigkeit und noch mehr Möglichkeiten, unsere Zukunft nachhaltig zu gestalten. Unsere Kinder werden es uns danken. Denkt also bitte daran: Die Gesetze der Physik sind ebenso wahr wie die Regeln der Ökonomie. Wer sie nicht beachtet, verliert früher oder später den Boden unter den Füßen. Und für alle, die damit immer noch nichts anzufangen wissen: Es hat sich auf jeden Fall gelohnt, dieses Buch zu erhalten, denn für jedes Exemplar wurde auch ein Baum gepflanzt. So gedeihen jetzt in Madagaskar dank dem Stadtrat von Bern 100 neue Bäume und mindestens so viel Hoffnung für die Zukunft. Ich für meinen Teil werde Bern natürlich auch in Zukunft mit meinen kulturellen Aktivitäten verbunden bleiben und mich weiterhin dafür einsetzen, die Ausstrahlung und das Potenzial Berns als Bundeshauptstadt der Schweiz zu fördern und bekannt zu machen, auch wenn Bern in Zukunft nicht mehr mein Lebensmittelpunkt sein wird. Merci und macht es gut. Claudio Righetti.

Lieber Claudio, du machst Sachen. Ich sitze das zweite Mal hier vorne. Ich muss zum ersten Mal bereits jemanden aus dem Rat verabschieden. Nach deiner Wahl in den letzten Stadtratswahlen im November 2020 warst du seit Beginn der laufenden Legislatur hier bei uns im Stadtrat, zuerst in der heute nicht mehr existierenden Agglomerationskommission beziehungsweise in der darauf folgenden Spezialkommission "Koope-ration Bern". Du hast von dort zuerst in die PVS und dann in die Finanzkommission gewechselt. Auch anhand dieser Einsätze in den Kommissionen merkt man: Du reisest gerne. Auf deinen zahlreichen Reisen hast du viel erlebt und viele Erfahrungen gesammelt. An diesen Erfahrungen hast du uns immer wieder in deinen Voten im Rat teilhaben lassen. In deinen Voten hast du gerne den Bogen gespannt, bist aber doch immer wieder zurück zum Punkt gekommen. Du hast deine Voten – und ich wage jetzt sagen, auch dein Abschiedsschreiben – mit dieser Eloquenz vorgetragen, die ich mir häufiger hier im Rat wünschen würde. Und ja, ich gehöre zu den Ratsmitgliedern, die oft zuhören, wenn jemand redet. Und es gibt Voten, an die kann ich mich auch Jahre später noch sehr gut erinnern. Und du, lieber Claudio, hast genau eines dieser Voten gehalten. Vielleicht errätst du, welches, vielleicht auch nicht. Aber ich verrate es euch. Es war im März 2021, irgendwo in einer Turn- oder alten Festhalle, und es ging um

nichts weniger als um Plakatsäulen für die Kultur – Gemeindepolitik at its best. Und selbst bei diesen Litfasssäulen hast du es geschafft, uns mitzunehmen auf eine Reise von Stanley Kubrick über den Louvre in Paris und zurück nach Bern. In deinem Rücktrittsschreiben hast du dich als Quereinsteiger in die Politik bezeichnet. Und weisst du was? Ich würde mir mehr solche Leute wünschen hier bei uns im Stadtrat, weil genau Leute wie du machen unser Milizsystem zu dem, was es ist. Und unser Milizsystem ist genau auf Leute wie dich angewiesen. Ich danke dir, dass du bereit warst, dich hier im Rat zu engagieren und einzubringen. Und zum Abschluss noch: Als studierter Betriebsökonom habe ich natürlich besonders Freude an deinem Buch, das natürlich bereits bei mir zu Hause im Regal steht. Aber ich kann es ja jemandem weitergeben. Ich bin überzeugt, wer die Stadt Bern gernhat, der liebt auch die Stadt Edinburgh. Und lieber Claudio, ich weiss es nicht, aber du sagst es mir bitte heute noch, ob dich schon einmal eine deiner vielen Reisen nach Edinburgh geführt hat. Falls nicht, so würde ich dir diese Reise wärmstens empfehlen, und das natürlich nicht nur, weil die Altstadt von Edinburgh wirklich sehr viel gemein hat mit der Altstadt von Bern, sondern weil in dieser Altstadt auch eine Statue steht von einem gewissen Herrn Adam Smith. An prominentester Lage, direkt an der Royal Mile, thront er dort auf seinem Denkmal. Wer weiss, lieber Claudio, vielleicht laufen wir uns eines Tages ja sogar in Edinburgh über den Weg. Vielleicht trinken wir dort ein Glas beziehungsweise ein Pint miteinander. Es wäre mir eine grosse Freude und Ehre.

Ich komme zur nächsten Mitteilung. Wir haben ein Geburtstagskind. Janina Aeberhard hat heute Geburtstag und sie hat mir gestern Abend beim Bier noch gesagt, sie wäre nicht megatraurig, wenn die Sitzung heute nicht bis um 19 Uhr ginge. Denn wie ihr wisst, wenn wir fertig sind mit der Finanzdebatte, ist auch die heutige Sitzung beendet. Wir haben es also selbst in der Hand, wie lange wir heute hier sitzen.

Jetzt ist es aber so: Wir sind so schnell vorwärts gekommen gestern und das Ratssekretariat hat Verpflegung für den ganzen Tag gekauft. Bedient euch also bitte unten in der Halle. Die Verpflegung ist heute gratis. Es hat Früchte, Kaffee, Wasser, Gipfeli, Brötchen. Hier steht, dass es am Nachmittag noch Süssgebäck gibt. Das kommt wahrscheinlich noch ein bisschen früher und ich wage zu behaupten, auch für die zahlreich erschienen Leute auf der Publikumstribüne sollte es noch etwas haben. Falls ihr reingekommen seid ohne zu badgen, holt das noch nach. Und bitte denkt daran, die Vorstösse könnt ihr heute bis 12 Uhr bei unserer heutigen Ratsvizepräsidentin einreichen. Wir kommen zum eigentlichen Geschäft. Wir wären somit bei Traktandum 3, dem Aufgaben- und Finanzplan 2025 – 2028 und dem Budget 2025. Wir haben gestern die Eintretensdebatte und die ersten 2 Direktionen behandelt. Wir starten somit die Beratung der TVS inklusive Sonderrechnung. Und ich erteile hier das Wort dem Sprecher der PVS, Timur Akçasayar.

Direktion TVS und Sonderrechnungen

Timur Akçasayar für die PVS: Wir haben in 2 Delegationsbesuchen und auch in der Kommission PVS das Budget und den Finanzplan der Direktion Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün angeschaut. Die TVS ist eine grosse Direktion mit einem sehr breiten und vielfältigen Aufgabenportfolio, angefangen bei der Geoinformation über das Tiefbauamt, von Stadtgrün bis hin zur Entsorgung und Recycling Stadt Bern. Es ist eine Direktion, deren Mitarbeitende auch draussen handwerklich arbeiten und einen wichtigen Service public gewährleisten. Unser Eindruck ist, dass die TVS sehr gut aufgestellt ist und gute Arbeit in einem schwierigen Umfeld leistet. An dieser Stelle danke ich allen Mitarbeitenden für ihren unermüdlichen Einsatz zu Gunsten der Stadtbernerinnen und

Stadtberner und der Umwelt. Damit die Stadt ein attraktiver Ort für die Menschen und für die Wirtschaft sein kann, sind Infrastrukturmassnahmen notwendig. Besondere Bedeutung kommt hier dem Projekt Zukunft Bahnhof Bern (ZBB) und dem Projekt ESP (Entwicklungsschwerpunkt) Ausserholligen zu, die bis Ende dieses Jahrzehnts mit verschiedenen Projektpartnern realisiert werden. Daneben ist die Instandstellung und der langfristige Erhalt von Strassen, Brücken und Abwasseranlagen sowie die Pflege und die bedürfnisgerechte Weiterentwicklung der städtischen Parks und Grünanlagen sicherzustellen. Dabei nutzt die TVS jede Gelegenheit, die Aufenthaltsqualität, die Hindernisfreiheit und die klimagerechte Ausgestaltung des öffentlichen Raums zu verbessern.

Erwähnenswert ist hier sicher auch, dass mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes durch EWB auch der öffentliche Raum entsprechend aufgewertet wird mit Klimaanpassungsmassnahmen. Es handelt sich dabei um das grösste Infrastrukturprojekt im öffentlichen Raum der Stadt Bern in den letzten Jahrzehnten, und dementsprechend bindet es auch viele Ressourcen. Die Personalplanung und das Globalbudget 2025 steigen gegenüber heute, also diesem Jahr, um rund 6 Mio. Franken auf fast 130 Mio. Franken. Es wird sich aber in den Planjahren 2026 bis 2028 wieder auf 116 Mio. Franken einpendeln. Der Grund für das sind die verschiedenen Ausführungsprojekte, die wir, aber auch die Stimmbevölkerung, bestellt und auch bewilligt haben. Und diese werden jetzt im Budget 2025 sichtbar. Die grosse Herausforderung für die TVS ist nicht nur, das Geld zu bekommen, sondern auch – und das ist in der heutigen Zeit fast bei allen so – die notwendigen personellen Ressourcen zu haben, um wie schon erwähnt, die komplexen und umfangreichen Projekte behandeln zu können. Bei den Delegationsbesuche hat sich auch wieder gezeigt, dass der Fachkräftemangel durchschlägt, aber auch, dass die erfolgten FIT-Entlastungsmassnahmen zugunsten des städtischen Finanzhaushalts durchdrücken.

Seitens PVS haben wir die Anträge 80 und 81 zu den Kosten der Mobilitätsplattform Städtekooperation Mobility-as-a-Service (MaaS), die entfallen. Diese konnte die Verwaltung im Budgetprozess nicht mehr korrigieren.

Antrag 84 ist ein Antrag der PVS-Minderheit zu Gunsten der Fachstelle "Natur und Ökologie". Die PVS-Minderheit möchte die personellen Ressourcen erhöhen, um die Umsetzung des neuen Biodiversitätskonzepts im Bereich Wald und Landwirtschaft sicherzustellen. Die Kommissionsmehrheit war der Meinung, dass es noch zu früh sei für zusätzliche Stellen, und sie möchte zuerst abwarten, bis das Konzept in Kraft tritt und ein entsprechender Bedarf ausgewiesen wird. Die Anträge der Fraktion GB/JA! haben wir in der PVS auch diskutiert, aber keine Mehrheit gefunden, weil die grosse Mehrheit es nicht zweckmässig findet, jetzt zusätzliche Stellen zu bewilligen beziehungsweise das Globalbudget zu erhöhen. Zu den Anträgen der Fraktion FDP/JF kann ich nichts sagen. Diese sind nämlich neu. Leider konnten wir diese nicht in der Kommission diskutieren.

Die PVS beantragt euch mehrheitlich, das Budget anzunehmen und den Finanzplan positiv zur Kenntnis zu nehmen. Danke vielmals.

Vizepräsident: Merci, Timur. Dann könnt ihr euch anmelden für die Fraktionsvoten. – Als erstes das Wort für die Fraktion GB/JA!, Nora Joos.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Irgendwie wird es langsam zu einem Trend. Die Stadtverwaltung arbeitet wissenschaftlich fundierte und notwendige Konzepte und Strategien aus. Ich meine damit zum Beispiel den Masterplan Veloinfrastruktur, das neue Biodiversitätskonzept, das im Herbst veröffentlicht wird, und die aktualisierte Wohnstrategie.

Aber zurück zum Trend. Nach der Ausarbeitung der Strategie sind sich alle von links bis Mitte einig: Die beschlossenen Massnahmen sind wichtig. Plötzlich, wenn es aber um eine konsequente Umsetzung geht, kommen die Sparfüchse aus ihren Löchern. Keine Stellen sollen ausgebaut werden, wenn dadurch das Globalbudget auch nur minimiert erhöht wird. Die Massnahme soll ja nichts kosten. Die GB/JA!-Fraktion findet das inkonsequent und verheerend. Die Stadt hat aktuell genügend finanziellen Spielraum, um die klimapolitischen Themen in der TVS voranzutreiben. Wir wollen, dass die erarbeiteten Massnahmen jetzt umgesetzt werden und die benötigten finanziellen Ressourcen im Budget 2025 und in den kommenden Planjahren sichergestellt sind.

Darum folgende 3 Anträge und Planungserklärungen der GB/JA!-Fraktion: In unserem ersten Antrag mit der Nummer 82 fordern wir die Umsetzung von 3 Massnahmen aus der Wohnstrategie. Die Stadt soll 240'000 Franken einstellen, um private und halbprivate Akteure dazu zu bewegen, monotone und biodiversitätsarme Aussenräume aufzuwerten. In der Stadt Bern gibt es aktuell 425'000 m² Abstandsgrün – grüner, langweiliger Rasen zwischen den Häusern, Rasen, der für die Flora und die Fauna, das Stadtklima und für die Nachbar*innen wenig, bis gar keinen Nutzen hat. Das Potenzial ist also riesig. Studien zeigen, dass, wenn die Umgebung eines Wohnhauses aufgewertet wird, die Temperatur bis zu 4 Grad abnimmt. Zudem wird die Gemeinschaft gefördert und die Artenvielfalt im Siedlungsraum erhalten. Unser Antrag ermöglicht, dass die Fachstelle Natur und Ökologie 150 Stellenprozent zur Verfügung hat, um auf die Immobilienbesitzenden zuzugehen, zu initiieren, zu begleiten und zu beraten, damit die Immobilienbesitzenden ihre 425'000 m² Abstandsgrün parzipativ zu diversem und biodiversitätswirksamem Aussenraum umgestalten können. Davon profitieren die Natur, das Stadtklima und die Bewohnenden.

Zu unserem zweiten Antrag, der Nummer 83: GB/JA! fordert, dass die Fachstelle Natur und Ökologie Ressourcen bekommt, um die Biodiversität in den Wäldern und im Landwirtschaftsgebiet zu fördern. Das Potenzial ist auch hier wie beim Abstandsgrün sehr gross. Aktuell sind nur 7% des Walds und 13,5% des Landwirtschaftsgebiets biodiversitätswirksam. Im Wald sind aber beispielsweise 35% möglich. Um das zu erreichen, muss die Burgergemeinde auf ihren 400 Hektaren Wald ihre Verantwortung wahrnehmen und abgestufte Waldränder, den Totholzanteil oder Habitatsbäume fördern. Dazu braucht es Fachpersonen der Stadt. Sie können das Fachwissen zur Verfügung stellen, die Bedeutung des Themas immer wieder betonen und Massnahmen begleiten. Die Fachstelle soll jetzt die Ressourcen bekommen. Die ersten 2 unserer Anträge fördern also unter anderem die Biodiversität. Apropos Biodiversität: Das Thema ist national gerade hochaktuell. In einer Woche stimmen wir über die Biodiversitätsinitiative ab. Wenn ich es richtig sehe, habt ihr Mitte-Frauen, die GLP und die SP alle ein Ja zur Initiative beschlossen. Wie kann es sein, dass ihr jetzt, wenn es um die konkrete Umsetzung geht, bei unseren 2 Anträgen Nein stimmt? Das ist inkonsequent. National findet ihr wie bei den städtischen Strategien und Konzepten alles super, aber nachher, wenn es um die Umsetzung geht, ist es euch wichtiger nicht mehr als 30 Millionen Franken Schulden zu haben, oder ihr lehnt das Budget ganz ab, weil ihr mit den Bürgerlichen kuschelt. Und wie kann es sein, dass eine Partei, die Grün im Namen hat, unsere Anträge zur Biodiversität ablehnt? Jetzt aber zurück zu unserem dritten Antrag, der Nummer 126, den wir zusammen mit der SP-JUSO eingereicht haben. Auch in diesem Antrag geht es darum, dass Privatpersonen aktiv werden können. Wir fordern, dass das Kompetenzzentrum öffentlicher Raum (Kora) 100'000 Franken mehr zur Verfügung hat, um Aufwertungsmassnahmen im öffentlichen Raum zu realisieren. Aktuell hat Kora 150 Stellenprozent und kann knapp die Hälfte der Anfragen aus der Bevölkerung, die es bekommt, umsetzen. Zukünftig sollen es mehr sein. Die Kommission ist auch dort

aktiv, wo es Aufwertungsmassnahmen braucht, in benachteiligten Quartieren, wo es besonders wichtig ist, dass die Kinder unbetreut draussen spielen und sich bewegen können, eine ältere Person eine Bank findet, um sich hinzusetzen, oder auch mal in der Pause ein Töggeli-Match gemacht werden kann. In den letzten Jahren hat das Kora mehrheitlich Anfragen zum Thema Möblierung und Spielangebote erhalten. Zunehmend sind die Anfragen aus der Bevölkerung für Sofortmassnahmen für das Stadtklima. Es geht dabei um kleine, schnelle, umsetzbare Sofortmassnahmen, die keine zusätzlichen Kapazitäten beim Tiefbauamt benötigen, aber eben mehr Ressourcen beim Kora selbst. Das wäre es gewesen zu unseren 3 Anträgen und die entsprechenden Planungserklärungen.

Jetzt nehme ich gerne noch Stellung zu den weiteren eingereichten Anträgen zur TVS. Die FDP-Anträge lehnt die GB/JA!-Fraktion ab. Wir finden, es gehört zur Aufgabe einer Stadt, einen guten Service public zur Verfügung zu stellen. Und dazugehört auch zum Beispiel bei einem Park(ing) Day, der gerade nächste Woche stattfinden wird, Signalisationen auf Parkfeldern zu verteilen oder Mehrwertgeschirr bei Festen anzuliefern, Familiengärten zu ermöglichen oder der Burgergemeinde GIS-Daten zur Verfügung zu stellen. Die 2 PVS-Anträge nehmen wir an. Die GB/JA!-Fraktion ist froh, hat sich das MaaS-Projekt selbst versenkt. Wir finden es sinnvoller, in die Velo- und Fussverkehrsinfrastruktur zu investieren als in Apps. Und zum Schluss: Das vorliegende Budget und den AFP der TVS nimmt die GB/JA!-Fraktion natürlich an. Und wir bitten euch, unsere Anträge ebenfalls anzunehmen. Die Stadt hat aktuell genügend finanziellen Spielraum, um die klimapolitischen Themen in der TVS voranzutreiben.

Vizepräsident: Merci, Nora. Dann hätte als nächstes das Wort für die Fraktion SP-JUSO, Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich im Namen der SP-Juso-Fraktion den Mitarbeitenden der TVS für die hervorragende geleistete Arbeit danken. In der TVS stehen aktuell mehrere Grossprojekte in allen Ämtern in der Umsetzung, die vom Stadtrat bestellt und vom Volk bewilligt wurden: Hochwasserschutz, Umsetzung des hinderisfreien öffentlichen Raums oder grosse Entwicklungsprojekte wie Ausserholligen. Es sind nur ein paar Beispiele, und sie stellen auch eine grosse Herausforderung in den Bereichen Tiefbau, Stadtgrün, für die Verkehrsplanung dar, die bisher sehr gut bewältigt wird.

Auch 2025 sehr zentral werden Investitionen in den klimaangepassten öffentlichen Raum sein, die die Stadt Bern verändern werden; einerseits Klimaanpassungsmassnahmen im Rahmen des Ausbaus der Fernwärme, die in der Umsetzung sind. Und andererseits soll ja das Klimaanpassungsreglement voraussichtlich nächstes Jahr in Kraft treten. Diese Massnahmen werden die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessern. Ich glaube, das erste Mal, seit ich im Rat bin und das ist doch auch schon ein paar Jahre, gibt es keine Anträge zur Verkehrsplanung. Ich war fast ein bisschen überrascht. Deshalb möchte ich trotzdem ein paar Worte zur Verkehrsplanung sagen, die eine sehr wichtige und gute Arbeit leistet, und die Verkehrspolitik, die von einer grossen Mehrheit der städtischen Bevölkerung unterstützt wird, vorantreibt. Es gilt, den Ausbau nachhaltiger Verkehrsformen konsequent fördern. Dann komme ich zu den Anträgen: Den Antrag und die Planungserklärung zu Mobility-as-a-Service werden wir natürlich annehmen. Eine niederschwellige, kombinierte Mobilität ist aus unserer Sicht immer noch ein sinnvolles Ziel. Es war aber sicher richtig, das Projekt jetzt nicht weiterzuerfolgen. Die kombinierte Mobilität hat das Potenzial, nachhaltige Verkehrsformen zu fördern. Die Anträge der FDP/JF werden wir ablehnen. Wir sind erstens nicht ganz sicher,

ob sie am richtigen Ort sind, und zweitens erscheint uns auch nicht schlüssig, was gefordert wird. Nora hat es schon ausgeführt.

Die Anträge zur Fachstelle Natur und Ökologie lehnen wir ab. Natürlich liegt uns die Förderung der Biodiversität und der Ökologie am Herzen. Wie uns aber auch in der Kommission ausgeführt wurde, ist das Biodiversitätskonzept noch in Erarbeitung und die genauen Massnahmen, die umgesetzt werden sollen, sind noch nicht bekannt. Wenn diese bekannt sind, kann man sinnvollerweise Forderungen stellen. Es geht also nicht ums Sparen, sondern darum, dass man dann weiss, wo das Geld am besten zu investieren ist. Die Anträge 125 und 126 werden wir annehmen. Das Kompetenzzentrum im öffentlichen Raum (Kora) macht sehr wichtige Arbeit. Kora setzt temporäre Kleinstprojekte um, die von der Bevölkerung eingebracht werden, die mit kleinem Aufwand eine grosse Wirkung haben und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum stark erhöhen; dies gerade auch dort, wo es nicht viel Freiraum im öffentlichen Raum gibt. Zudem können die Erkenntnisse von Kora aus den Kleinstprojekten auch in grössere Projekte einfliessen. Da aktuell die Nachfrage deutlich höher ist, als was Kora umsetzen kann, ist die Erhöhung sinnvoll und kann wirklich auch für die Stadtbevölkerung einen grossen Nutzen bringen. Die SP-Juso-Fraktion unterstützt das Budget der TVS 2025 und nimmt den AFP positiv zur Kenntnis.

Vizepräsident: Danke, Laura. Dann kommt als nächstes für die Fraktion GFL, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich halte das Votum für Tanja Miljanovic, die heute später kommt. Die GFL-Fraktion nimmt alle PVS-Anträge an. Das ist eher eine Formalität. Den Antrag 83 von GB/JA! nehmen wir ebenfalls an. Wir alle wissen es, wir befinden uns in einer Biodiversitätskrise. Die GFL nimmt nur sehr wenige zusätzliche Budgetanträge an, aber mit Blick auf die Biodiversitätskrise und die bisher schlechte Umsetzung im Wald scheint uns das Geld hier gut investiert zu sein, auch wenn wir ein wenig auf Kuschelkurs sind. Antrag 84 für die Planjahre hingegen lehnen wir ab, weil wir die Abstimmung vom 22. September abwarten wollen. Wird die Biodiversitätsinitiative angenommen, muss sich die Stadt sowieso überlegen, wie sie sie umsetzen will. Antrag 125, eine Globalkrediterhöhung von 100'000 für die Fachstelle Kora, werden ein paar von uns annehmen und ein paar werden ihn ablehnen. Alle anderen Anträge lehnen wir ab.

Vizepräsident: Danke, Mirjam. Dann für die Fraktion FDP/JF, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir von der FDP sind, wie ihr wohl alle erwartet, gegen Mehrausgaben, die das Budget oder den budgetierten Verlust noch erhöhen. Ich möchte vielleicht für 2, 3 Anträge noch genauer definieren, warum wir dagegen sind. Anträge 125, 126: Mehr Geld für Kora finden wir grundsätzlich einen sympathischen Antrag. Wir finden, dass Kora etwas Wertvolles macht, aber das ist Mikromanagement, was Cora macht. Das ist zwar gut, aber damit retten wir das Klima nicht und der Grenznutzen ist zu klein. Mit diesen 100'000 Franken holen wir zu wenig heraus, weil wir nicht so viel Geld haben oder nicht mehr so viel Geld haben. Auch die Vorstösse für die Fachstelle Natur und Ökologie, die die Gärten aufwerten wollen, finden wir eigentlich nicht unsympathisch. Wir persönlich stinken die grünen, eintönigen Gärten nach, die es bei den Mehrfamilienhäusern hat. Auf der anderen Seite bietet die Stadt Bern schon an, dass man sich bezüglich biodiverser Gärten beraten lassen kann. Es gibt sogar einen Wettbewerb, bei dem die ausgezeichnet werden. Es gibt sogar den

Tag der offenen biodiversen Gärten, an dem man die Gärten besuchen kann. Das Angebot ist vorhanden, aber vielleicht 30 Leute nutzen es. Und dort ist auch der Haken. Warum? Ich kenne es von meiner Schwester. Sie hat den Garten biodivers umbauen lassen. Das hat 10'000 Franken gekostet. Und die 10'000 Franken kann man nicht umwälzen auf höhere Mietzinse und darum haben die meisten Eigentümer kein Interesse, dort etwas zu ändern. Es gibt kein Anreizsystem. Und die Einfamilienhäuserbesitzer, die an Biodiversität interessiert sind, machen das sowieso freiwillig. Ich sehe einfach, dass das nicht einen grossen Mehrwert hat. Nachher die Vorstösse 83, 84, die auch den Wald und die Landwirtschaft betreffen: Ja, es ist so, ökologiemässig, biodiversitätsmässig kann man sich dort noch verbessern. Aber wir haben etwa eine Handvoll Bauern in Riedbach. Für diese wenigen braucht es nicht mehr Geld, denn die haben keine Freude, wenn einer aus Bern kommt und ihnen sagt, wie sie biodivers arbeiten müssen. Das ist eher kontraproduktiv. Und nachher wegen des Waldes: Die Burgergemeinde ist absolute Fachspezialistin im Wald. Sie hat Konzepte, auch Konzepte über Waldränder, Konzepte über Totholz und alles. Sie wollen aber auch Holz produzieren. Das ist einfach ein Zielkonflikt, den man hat beim Wald. Aber wenn wir jetzt von der Stadt Bern kommen und der Burgergemeinde, die schweizweit ein absoluter Profi in Waldwirtschaft ist, sagen, was sie machen muss, dann machen wir uns einfach lächerlich. Das lehnen wir ab. Unsere Anträge möchten wir euch empfehlen anzunehmen. Vielleicht hat meine Vorrednerin recht, dass sie am falschen Ort sind. Aber auf der anderen Seite hätte es, wenn man sie annehmen würde, 3 Vorteile. Die Ausgaben wären tiefer, also man hätte weniger Verlust. Unsere Mitarbeiter der Stadt Bern hätten mehr Ressourcen, weil sie nicht mehr Sachen für Dritte machen müssten, die defizitär sind. Und wenn neu die Arbeiten Firmen übernehmen würden, dann würden diesen Gewinn damit machen und müssten den Gewinn versteuern und wir hätten mehr Steuereinnahmen. Wenn man ganzheitlich denkt, müsste man die eigentlich annehmen. Danke vielmals.

Vizepräsident: Merci, Hoschi. Dann kommt für die Fraktion SVP, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Auch ich von der Seite SVP-Fraktion möchte der Verwaltung danken für die geleistete Arbeit. Das ist, glaube ich, nicht die einfachste Direktion. Es ist eine sehr diverse Direktion, sie kommt fast ein bisschen einem Gemischtwarenladen gleich. Trotzdem: Sehr viele verschiedene Sachen fliessen dort zusammen, grosse Projekte werden angestossen. Und ja, ich möchte einfach kurz aus der Sicht der SVP zu den Anträgen Stellung nehmen: Wir werden sämtliche Anträge, die einen Stellenausbau vorsehen, ablehnen. Jene, die Kürzungen vorsehen, werden wir annehmen. Und ja, man sieht es auch hier eigentlich wieder. Die Wunschliste ist lang. Vor allem im Bereich der Biodiversität ist die Wunschliste lang. Aber ich glaube, dass man, solange das Geld nicht vorhanden ist in der Stadt, für solche Wünsche auf die Eigenverantwortung der Leute setzen muss. Dazu gehört zum Beispiel, bei sich zu Hause eine Biodiversitätswiese oder einen Biodiversitätsgarten zu machen, sich ein Insektenhaus auf den Balkon oder auf die Terrasse zu stellen. Das sind Sachen, die man mit wenig finanziellen Mitteln umsetzen kann, für die es die Stadt nicht braucht. Und wenn die Stadt vielleicht einmal wieder ein bisschen zu mehr Geld kommt, dann könnt ihr diese Wünsche wieder bringen. Aber solange hier das Geld nicht vorhanden ist, müssen diese Wünsche halt einfach auf die lange Bank geschoben werden. Deshalb lehnen wir diese Anträge ab und, ja, ich glaube, sonst ist alles gesagt.

Vizepräsident: Gibt es noch Fraktionssprechende? – Gibt es Einzelvoten? – Thomas Glauser.

Thomas Glauser, Einzelvotum Das Wort Biodiversität ist ein wichtiges Wort, ein wichtiges Wort auch für die Landwirtschaft, damit man eben Boden, Luft, Wasser schützt. Es erstaunt mich aber trotzdem, dass in einer rot-grünen Stadt – 70% sind grün ... Und ihr, die ihr ja so grün seid, habt es auch in der Hand, dass ihr eben eure Gärten biodiversitätsgerecht bewirtschaftet.

Ich begrüsse es, dass man in der Stadt Biodiversität macht, lieber in der Stadt als auf dem Land. Wir von der Landwirtschaft haben ein Landwirtschaftsgesetz, ein Waldgesetz, alles ist kantonal geregelt. Man hat sogar einen Förster, der einen ETH-Dokortitel hat, der in die Welt hinausgeht, der die Welt anschauen geht, wenn es einen Borkenkäfer hat, wenn es ein Waldsterben gibt. Und jetzt hat es doch gewisse Leute, die das Gefühl haben, man mache zu wenig für die Biodiversität auf dem Land. 70% der Fläche der Schweiz sind Alpen, Berge, unproduktiv, sehen nie ein Düngerkörnchen. Das nimmt man einfach so hin. 30% können wir bewirtschaften, darauf können wir Lebensmittel produzieren. Und von diesen 30% der Fläche, auf der wir Lebensmittel produzieren, haben wir in der Landwirtschaft auf bereits einem Fünftel Biodiversität nach Agrargesetz, für die wir Direktzahlungen bekommen. Der Selbstversorgungsgrad in der Schweiz ist 50%. Ihr wollt immer alles überbauen: Das Viererfeld. Die SVP ist die einzige Partei gewesen, die 16 Hektare Biodiversität fördern wollte. Ihr wart alle dagegen. Dort werden wir jetzt eine Grünfläche, eine grosse Grünfläche an Biodiversität, die der Stadt Bern gehört hat, verlieren. Weiter wird es so sein: Wenn man die Flächen, die Produktionsflächen, weiter einengt, werden wir mehr Lebensmittelproduktion aus dem Ausland hineinkommen lassen müssen, importieren; Lebensmittel, die man den armen Ländern in Afrika, die eine Hungersnot haben, als reiches Schweizer Land wegkaufen. Und das ist nicht richtig. Wir müssen dafür sorgen, dass wir weiterhin in der Schweiz produzieren können mit guten Rahmenbedingungen, sodass wir auch unsere eigene regionale Vermarktung fördern können.

Das andere ist halt auch die ganze 10 Mio.-Bevölkerung, die ihr befürwortet. Da sind wir eben dagegen von der SVP. Man kann nicht immer mehr Leute in die Schweiz hineinnehmen und weniger Lebensmittel produzieren. Das geht nicht auf.

Vizepräsident: Danke, Thomas. Sonst noch jemand? – Du müsstest dich nochmal anmelden.

Johannes Wartenweiler, Einzelvotum: Biodiversität ist ein grosses Feld, ein umstrittenes Feld, ein Diskussionsfeld. Einfach hier zu behaupten, dass, wenn man das Viererfeld nicht überbauen würde, man einen Beitrag zur Biodiversität leisten würde – da frage ich mich schon, ob denn Maismonokulturen und Runkelrüben wirklich etwas zur Biodiversität beitragen oder nicht. Ich würde einfach um ein bisschen Masshalten bei den Argumenten bitten.

Vizepräsident: Danke, Johannes. Jetzt haben wir den Bogen ein bisschen gespannt. Ich lasse jetzt noch ein weiteres Votum von Chandru zu. Ich habe eine Replik zugelassen, aber bitte kommt wieder zurück auf die Finanzdebatte.

Chandru Somasundaram, Einzelvotum: Ich kann es mir jetzt trotzdem nicht ganz verkneifen, noch etwas zur Biodiversität zu sagen. Thomas, ich habe das schon einmal gesagt, glaube ich. Ich kann das Argument einfach nicht ganz ernstnehmen, weil es

deine Partei ist, die die A1 auf 8 Spuren ausbauen will und dort enorm viel Fruchtfolgefläche und Kulturland verbaut. Und jetzt und hier vom Verlust der Biodiversität zu reden, ist einfach ein bisschen ..., das kann ich so nicht ganz abkaufen. Dazukommt einfach noch, dass wir im Moment im Siedlungsraum leider auch eine bessere Biodiversität haben, eine höhere Artenvielfalt als in der Landwirtschaft, also auf dem Land. Das müssen wir ändern. Und ich denke, dass man der Stadt jetzt wirklich keinen Vorwurf machen kann, wenn man auf die nackten Zahlen schaut.

Vizepräsident: Danke, Chandru. Das war es mit den Einzelvoten. Dann gebe ich das Wort dem Gemeinderat. Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Besten Dank für die engagierte Diskussion, auch zum Schluss über die Biodiversität. Es ist gut, dass wir die Diskussion führen, vor allem dann natürlich auch auf städtischer Ebene. Wir werden sie noch oft führen. Der Gemeinderat wird mit weiteren Anliegen zur Biodiversität kommen. Der Gemeinderat will diese Massnahme weiter voranbringen. Allein in meiner Direktion haben wir in den letzten Jahren 800 Mio. Franken bei euch und bei der Stimmbevölkerung geholt für Infrastrukturen. Ja, es geht dabei um dringend notwendige Sanierungen und Investitionen, zum Beispiel um die Klimaanpassungsmassnahmen, die Siedlungsentwässerung, die Verkehrsprojekte oder die Aufwertung im öffentlichen Raum, aber natürlich auch um Hindernisfreiheit. Und wir brauchen stabile Finanzen, um all die grossen Investitionen stemmen zu können. Nur so hat die Stadt den nötigen Spielraum, um die Lebensqualität hochzuhalten, und zwar für alle in dieser Stadt.

Sorge tragen müssen wir selbstverständlich auch zu unseren Mitarbeitenden. Sie haben das letzte Sparpaket mitgetragen und tragen sehr viel zur hohen Lebensqualität in unserer Stadt bei. Hier wirklich auch ein grosses Merci für ihre grossartige Arbeit und auch für die gute Zusammenarbeit. Jetzt zu den Planungserklärungen und Anträgen: Zu den Anträgen der SP zu Mobility-as-a-Service: Leider ist die Mobilitätsplattform mit den Städten Zürich und Basel nicht zustande gekommen. Deshalb entfallen die Kosten und können gestrichen werden. Dieser Entscheid fiel, als der Budgetprozess bereits weit fortgeschritten war, und konnte deshalb von Seiten der Verwaltung nicht mehr aufgenommen werden. Der Gemeinderat bittet euch, diese Anträge anzunehmen. Nun zu den verschiedenen Anträgen zur Stellenaufstockung bei der Fachstelle Natur und Ökologie von GB/JA! und der PVS-Minderheit. Ja, ich gebe euch recht, die Stadt kann nicht genug für das Klima und für die Biodiversität tun. Eine gute Koordination mit Privaten ist dabei sicher auch wichtig. Wir brauchen auch die Privaten, um den Anteil an biodiversen Flächen zu erhöhen. Allein schaffen wir das schlicht und einfach nicht. Die partizipative Wohnumfeldaufwertung entspricht natürlich auch den grundsätzlichen Zielen des Gemeinderates zur Förderung der Biodiversität. Entsprechend laufen bereits heute viele Bestrebungen zur Sensibilisierung und Stärkung des Netzwerks. Wir werden sicher zusätzliche Massnahmen prüfen, das aber gestützt auf das neue Biodiversitätskonzept. Dann noch ein Wort zu der Umsetzung von Projekten: Das ist wirklich sehr wichtig. Hier bitte das Grosse und Ganze nicht aus den Augen verlieren. Bei diesen Projekten sind nicht nur Leute von Stadtgrün gefordert, sondern sehr oft sind da auch das Tiefbauamt, zum Beispiel bei Entwicklungsmassnahmen, aber auch die Verkehrsplanung gefordert; also einfach nur an einem Ort eine Stelle zu erhöhen, bringt darum wenig. Da müssen wir wirklich den Blick für das Grosse und Ganze haben. Und seid wirklich versichert, dass wir wirklich Massnahmen einleiten und damit kommen werden, wenn das nötig ist. Denn wir wollen eben nicht nur Konzepte erarbeiten, sondern wir

müssen vor allem in die Umsetzung gehen. Dann noch zur Aufstockung für die Umsetzung des Biodiversitätskonzepts im Bereich Wald und Landwirtschaft. Das neue Biodiversitätskonzept befindet sich zurzeit in der Vernehmlassung und wird dann noch einmal überarbeitet. Das Ziel ist klar. Wir brauchen ambitionierte Ziele, um dem Rückgang der Biodiversität erfolgreich entgegenzuwirken. Ob wir für die zusätzlichen Massnahmen zusätzliche personelle Ressourcen in einem Bereich brauchen, werden wir sorgfältig prüfen. Und wenn es dann an die weitere Umsetzung dieser Ziele geht, werden wir sicher auch hier in den Rat kommen mit diesem Anliegen. Der Gemeinderat bittet euch deshalb, auch diesen Antrag abzulehnen. Dann noch zu den Anträgen von GB/JA! betreffend die Beteiligung am Kompetenzzentrum öffentlicher Raum kurz Kora. Die Stärkung des Kora, das viel zur Lebensqualität in der Stadt beiträgt, ist wichtig. Und klar wollen wir auch gerne zusätzliche Massnahmen umsetzen. Der Gemeinderat hat sich aber angesichts des knappen Spielraums bei den Finanzen gegen eine Erhöhung ausgesprochen. Zu den Anträgen von FDP-Jungfreisinn, bei denen es um Dienstleistungen an Dritte geht. Die Direktion TVS ist generell sehr zurückhaltend, wenn es um die Erbringung von Leistungen an Dritte geht, und diese müssen, wenn sie für Externe sind, auch kostendeckend sein. Das bildet keinen Schwerpunkt in unserer Direktion. Das sehen wir eigentlich gleich wie die Antragstellenden. Jetzt aber: Bei der Abkürzung "DIR." im Anhang des AFB handelt es sich nicht zum Beispiel um eine Signalisation an Dritte, sondern vor allem um eine interne Leistung zu Gunsten anderer Direktionen, also nicht an Externe. Es ist also stadintern. Ich gebe zu, wir haben das in der Produktgruppenrechnung nicht gut aufbereitet. Das ist total missverständlich. Und wir müssen uns wirklich noch an die neue Berichterstattung gewöhnen und geloben hier auch Besserung. Der Gemeinderat bittet euch deshalb, all diese Anträge zu diesem Thema, sei es beim Tiefbauamt, bei Stadtgrün oder bei Geoinformation abzulehnen. Ich glaube, es handelt sich wirklich um ein Missverständnis. Dann noch zum Antrag der FDP/JF zu den Familiengärten. Hier möchte ich schon noch schnell ausholen. Auch hier gilt, was ich gerade vorher ausgeführt habe. Aber erwähnen möchte ich doch noch, dass wir die Pachtzinsen für Familiengärten per 1.1.2023 erhöht haben. Für die Pächterinnen und Pächter mit beschränkten finanziellen Mitteln ist das schon ein rechter Brocken. Die Betriebskosten sind aber auch hier kostendeckend. Aber die Kosten für die Etablierung neuer Gartenformen, die ja auch die Stadt möchte, sind nicht durch die bestehenden Pachtenden zu tragen. Das übernimmt selbstverständlich die Stadt. Ich bitte euch deshalb, auch diesen Antrag abzulehnen.

Vizepräsident: Merci vielmals, Marieke. Das heisst, wir sind durch mit der Beratung der TVS und kämen jetzt zu den Abstimmungen über die TVS inklusive Sonderrechnung. Wir gehen gemäss der vorliegenden Antragsliste vor. Für die, die sie ausgedruckt vor sich haben, wir sind auf Seite 17 ganz unten. Wir werden jetzt starten mit Antrag 80 PVS. Und nachher gehen wir einmal chronologisch durch die Anträge der TVS durch. Wir stimmen ab über den Antrag 80 PVS.

Abstimmungen Direktion TVS und Sonderrechnungen

Antrag

80 PVS

Budget, TVS, 500_Direktionsstabsdienste_und_Fachstelle_öffentlicher_Verkehr

Der Globalkredit ist um Fr. 140'000 zu kürzen, die für die "Städtekooperation Mobility as a Service (MaaS)" vorgesehen waren.

Abstimmung Nr. 006

2023.FPI.0096: Antrag 80

Annahme

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag einstimmig angenommen. Wir stimmen ab über Planungserklärung 81 PVS.

Antrag

81 PVS

Planjahr, TVS 500_Direktionsstabsdienste_und_Fachstelle_öffentlicher_Verkehr

Der Globalkredit ist für die Planjahre 2026 bis 2028 um jeweils Fr. 450'000 zu kürzen, die für die "Städtekooperation Mobility as a Service (MaaS)" vorgesehen waren.

Abstimmung Nr. 007

2023.FPI.0096: Antrag 81

Annahme

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Vizepräsident: Auch das ein einstimmiges Resultat. Wir sind beim Antrag 125 GP/JA!, SP-JUSO. Wir stimmen ab.

Antrag

125 GB/JA, SP/JUSO

Budget, TVS 510_Tiefbauamt

Im Budget sind 100'000 CHF für die Erhöhung des Globalbudgets beim Kompetenzzentrum öffentlicher Raum KORA einzustellen.

Abstimmung Nr. 008

2023.FPI.0096: Antrag 125

Annahme

Ja	37
Nein	26
Enthalten	1

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 115.

Antrag

115 FDP/JF

Planjahr, TVS 510_Tiefbauamt

"Signalisation für andere Dritte " soll eine schwarze Null ausweisen.

Abstimmung Nr. 009

2023.FPI.0096: Antrag 115

Ablehnung

Ja	15
Nein	48
Enthalten	1

Vizepräsident: Wir kommen zum Antrag 116 FDP/JF.

Antrag

116 FDP/JF

Planjahr, TVS 510_Tiefbauamt

"Strassenunterhalt und - Rep. für Private" soll eine schwarze Null ausweisen.

Abstimmung Nr. 010

2023.FPI.0096: Antrag 116

Ablehnung

Ja	16
Nein	48
Enthalten	0

Vizepräsident: Wir kommen zu Antrag 117.

Antrag

117 FDP/JF

Planjahr, TVS

510_Tiefbauamt

"Strassenunterhalt und - Rep. für andere Dritte" soll eine schwarze Null ausweisen.

Abstimmung Nr. 011

2023.FPI.0096: Antrag 117

Ablehnung

Ja	16
Nein	48
Enthalten	0

Vizepräsident: Abgelehnt auch der. Wir kommen zum Antrag 126 GB/JA!, SP-JUSO.

Antrag

126 GB/JA, SP/JUSO

Planjahr, TVS

510_Tiefbauamt

In den Planjahren 2026 ff. sind 100'000 CHF für die Erhöhung des Globalbudgets beim Kompetenzzentrum öffentlicher Raum KORA einzustellen.

Abstimmung Nr. 012

2023.FPI.0096: Antrag 126

Annahme

Ja	37
Nein	26
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Wir kommen zu Antrag 82.

Antrag

82 GB/JA

Budget, TVS

520_Stadtgrün_Bern

Im Budget sind 240'000 CHF für 1.5 FTE bei der Fachstelle Natur und Ökologie für die Förderung von belebten Aussenräumen bei privaten und halbprivaten Liegenschaften einzustellen.

Abstimmung Nr. 013

2023.FPI.0096: Antrag 82

Ablehnung

Ja	22
Nein	41
Enthalten	0

Vizepräsident: Abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 83.

Antrag

83 GB/JA

Budget, TVS

520_Stadtgrün_Bern

Im Budget sind 240'000 CHF für 1.5 FTE bei der Fachstelle Natur und Ökologie für die Umsetzung des neuen Biodiversitätskonzepts im Bereich Wald und Landwirtschaft einzustellen.

Abstimmung Nr. 014

2023.FPI.0096: Antrag 83

Ablehnung

Ja	18
Nein	45
Enthalten	0

Vizepräsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 84 PVS-Minderheit.

Antrag

84 PVS-Minderheit

Planjahr, TVS

520_Stadtgrün_Bern

In den Planjahren 2026 - 2028 sind jeweils 240'000 CHF für 1.5 FTE bei der Fachstelle Natur und Ökologie für die Umsetzung des neuen Biodiversitätskonzepts im Bereich Wald und Landwirtschaft einzustellen.

Abstimmung Nr. 015

2023.FPI.0096: Antrag 84	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	46
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt. Antrag 85 GB/JA! ist zurückgezogen. Somit kommen wir zu Antrag 86 GB/JA!.

Antrag

86 GB/JA

Planjahr, TVS

520_Stadtgrün_Bern

Ab dem Planjahr 2026 sind 240'000 CHF für 1.5 FTE bei der Fachstelle Natur und Ökologie für die Förderung von belebten Aussenräume bei privaten und halbprivaten Liegenschaften einzustellen.

Abstimmung Nr. 016

2023.FPI.0096: Antrag 86	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	46
Enthalten	0

Vizepräsident: Auch den Antrag habt ihr abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 118 FDP/JF.

Antrag

118 FDP/JF

Planjahr, TVS

520_Stadtgrün_Bern

Bei den Leistungen des Bereichs Familiengärten soll ab dem Planjahr 2026 eine schwarze Null erzielt werden.

Abstimmung Nr. 017

2023.FPI.0096: Antrag 118	
Ablehnung	
Ja	14
Nein	50
Enthalten	0

Vizepräsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 119.

Antrag
119 FDP/JF
Planjahr, TVS
570_Geoinformation_Stadt_Bern
Die "amtliche Vermessung" soll eine schwarze Null ausweisen.

Abstimmung Nr. 018

2023.FPI.0096: Antrag 119	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	48
Enthalten	0

Vizepräsident: Abgelehnt. Wir kommen zum letzten Antrag zu dieser Direktion, Nummer 120 FDP/JF.

Antrag
120 FDP/JF
Planjahr, TVS
570_Geoinformation_Stadt_Bern
Bei den Vermessungsdienstleistungen soll ab dem Planjahr 2026ff. eine schwarze Null ausgewiesen werden.

Abstimmung Nr. 019

2023.FPI.0096: Antrag 120	
Ablehnung	
Ja	15
Nein	48
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt auch diesen Antrag abgelehnt.
Wir kommen so zur Direktion FPI inklusive Sonderrechnung. Hier erteile ich das Wort für die Kommission RWSU, Lena Allenspach, die noch angemeldet werden müsste.

Direktion FPI und Sonderrechnungen

Lena Allenspach für die RWSU: Ich möchte auch zu Beginn gerade im Namen der RWSU der Verwaltung herzlich für die Arbeit danken. Die Kommission hat das Budget und den AFP an ihrer Sitzung und den Delegationsbesuchen diskutiert. Dabei war wie im letzten Jahr das Lohnsystem Gerlos Thema, das heisst, wie es dort jetzt weitergeht, und dass die Stadt den Mindestlohn, der ja mit dem teilrevidierten Personalreglement beschlossen wurde, auch ohne Gerlos bereits umsetzt, und auch Massnahmen im Gesundheitsmanagement wurden diskutiert. Ein weiterer Punkt war der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Der Fonds leistet einen wichtigen Beitrag für die Wohnbaupolitik

der Stadt Bern, und es ist zentral, dass dort die Investitionen sorgfältig priorisiert werden, und dass man beispielsweise bei Sanierungsmassnahmen gemäss Stadt auch überprüfen muss, dass sich diese nicht negativ auf die Mietzinsen auswirken.

Im Zuge der Digitalisierung finden bei Informatik Stadt Bern zudem sehr grosse Entwicklungen statt. Im Vordergrund steht vor allem auch der Schutz besonders schützenswerter Personendaten und vertraulicher Daten. Der Schutz ist nicht ganz einfach zu bewerkstelligen. Der andere Punkt ist die Aufstockung des Personals aufgrund neuer Hybrid-Modelle. Man hat die Daten nicht nur auf Berner Servern wie bisher, sondern jetzt auch in Clouds. Das Projekt ist im Frühling 2024 abgeschlossen worden. Wie immer hat sich aber dort auch gezeigt, dass es nicht ganz einfach ist, solche Stellen zu besetzen, weil es im digitalen Bereich immer noch an Fachkräften mangelt.

Die Kommission stellt zudem eine Planungserklärung, die verlangt, einen neuen Leistungsindikator zu energetischen Gebäudehüllensanierungen bei Sanierungen in den AFP aufzunehmen. Diese Planungserklärung wurde schon letztes Mal überwiesen. Diese Kennzahlen sollen Transparenz darüber schaffen, wie die Stadt Bern punkto Umsetzung des Klimareglements unterwegs ist.

Die RWSU empfiehlt dem Stadtrat, das Budget 2025 der Direktion FPI mit 8 Ja- zu 0 Gegenstimmen bei einer Enthaltung zu genehmigen und den so bereinigten AFP 2025 – 2028 inklusive der Planungserklärung, die ich vorher erwähnt habe, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, auch das ohne Gegenstimme. Herzlichen Dank.

Vizepräsident: Merci, Lena. Jetzt könnt ihr euch für die Fraktionsvoten anmelden. Dann gebe ich als erstes das Wort für die Fraktion GB/JA!, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi für die Ja, guten Morgen miteinander. Es ist lustig, einmal an einem Morgen hier drin zu sein. Es ist so hell, man sieht so viel, aber trotzdem hoffe ich, dass alle gut geschlafen haben und wach sind für die Debatte. Man könnte meinen, in der FPI gehe es vor allem um Geld und um die Finanzen. Aber wie beim ganzen Budget ist auch die Beratung dieser Direktion hochpolitisch. Auf dem Papier geht es zwar vor allem um Geld und Zahlen. In Tat und Wahrheit geht es aber darum, wo wir in dieser Stadt Prioritäten setzen, was wichtig ist, welche Angebote und Aufgaben wir genau priorisieren. Und genau dieser Diskussion verweigern sich die einen in diesem Rat, wie wir gestern gehört haben. Entweder werden Pauschalkürzungsantrag gestellt oder inhaltliche Forderungen werden durch Zahlenklaubereien verwässert, denn es geht einfach darum, dass man ja nicht mehr als 30 Millionen Verlust ausweist. Dass es dabei um Inhalte ginge, wird leider zum Teil ein bisschen vergessen. Nach dieser kleinen Einleitung komme ich jetzt aber zu den einzelnen Anträgen zu dieser Direktion. Fangen wir noch an mit den Anträgen 87 und 89 zu Casablanca. Die gleichlautende Planungserklärung ist schon zum letzten AFP überwiesen worden. Der Gemeinderat will sie aber nicht umsetzen. Wir von der GB/JA!-Fraktion finden das einen Affront. Wir verstehen nach wie vor nicht so recht, was Casablanca macht, und vor allem sehen wir nicht, wieso sich die Stadt hier beteiligen sollte. Wir wären für einmal mit der bürgerlichen Seite einig: Was der Verein macht, soll doch von Privaten gemacht werden. Es ist nun wirklich nicht die Aufgabe der Stadt, sich hier zu engagieren. In diesem Sinn hoffen wir, dass dieser Antrag auch in der rechten Ratshälfte Zustimmung findet. Weiter geht es mit dem Antrag 88 der RWSU. Auch diese Planungserklärung wurde bereits im letzten Budget eingereicht und angenommen, und auch hier will der Gemeinderat diese Planungserklärung nicht umsetzen, weil er sagt, dass der zusätzliche Indikator nicht aussagekräftig sei und ein anderer Indikator jetzt in die Energie- und Klimastrategie einfließen soll. Und wieder einmal sind wir eigentlich in der gleichen Diskussion wie bei

unserem Postulat zur Einführung eines Klimabudgets nach dem Vorbild von Oslo. Ich verstehe ja, dass das Sammeln von Daten aufwendig und je nachdem auch teuer ist. Jedoch ist ein engmaschiges Monitoring nötig, wenn wir den Absenkpfad in diesem Klimareglement erreichen wollen. Das hat der letzte Monitoringbericht zur Energie- und Klimastrategie aufgezeigt. Bei vielen Zielen waren wir nicht auf Kurs. Aber es gibt eigentlich keinen Plan, wie wir besser werden könnten. Die Ziele des Klimareglements sind vielleicht nicht so ambitioniert, wie wir sie gerne hätten, aber nichtsdestotrotz braucht es einen grossen Effort, um sie zu erreichen. Und man muss schnell eingreifen können, wenn wir nicht auf Kurs sind. Im Bauwesen, um das es in diesem Antrag geht, ist das umso wichtiger, weil wir hier es mit sehr langen Planungs- und Umsetzungszeiten zu tun haben. Messbare Leistungsindikatoren im Budget sind darum nicht einfach ein Nice-to-have, sondern eine Notwendigkeit, um den Kompass auf Klimakurs zu halten. Auch beim Antrag 90 haben wir es mit einer Forderung zu tun, die schon im letzten Jahr behandelt worden ist: Mietzinserhöhungen von mehr als 6% in städtischen Wohnungen. Wir haben bereits 2023 eine Interpellation zu diesen Mietzinserhöhungen eingereicht, und sind nach wie vor der Meinung, dass sie der städtischen Wohnstrategie zuwiderlaufen. Diese sieht nämlich vor, dass die Stadt Bern schwerpunktmässig preisgünstigen Wohnraum für Menschen mit tiefem und mittlerem Einkommen fördern soll. Die Erhöhung der Mietzinse um mehr als 6% läuft dem Ziel klar entgegen, vor allem, weil nicht einmal alle privaten Eigentümer ihren Mietzins erhöht haben. Aufgabe der Stadt wäre es, am Markt ergänzend zu wirken und Mietobjekte der Spekulation zu entziehen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Preisspirale im Wohnungsmarkt nicht noch mehr angekurbelt wird und in Zukunft nicht alle Menschen mit tiefen Einkommen aus dieser Stadt verdrängt werden. Aus diesem Grund werden wir der Planungs-erklärung 90 von AL-PdA und JUSO zustimmen.

Und wenn wir schon bei den Liegenschaften sind, komme ich auch noch zur Forderung der FDP zum Fonds. Sie fordert, dass das Budget in der Sonderrechnung ausgeglichen sein muss. Das ist aus unserer Sicht gerade in mehrererlei Hinsicht unlogisch. In der Fondsstrategie ist festgelegt, dass der Fonds marktergänzend agiert, dass er insbesondere auch Personen berücksichtigt, die auf dem freien Wohnungsmarkt kaum Zugang zu qualitativ gutem Wohnraum haben. Es geht beim Fonds also nicht einfach darum, maximale Rendite zu erzielen, sondern darum, die Stadt mitzugestalten und die Art von Wohnraum zu fördern, die wir uns für die Stadt wünschen. Es ist mir schon klar, dass die FDP vor allem Wohneigentum fördern will, aber es tut mir leid, dass hier sagen müssen, dass es in dieser Stadt sehr viele Leute gibt, die meilenweit davon entfernt sind, sich Wohneigentum leisten zu können. Und dass ein Grossteil der Bevölkerung hinter der Fondstrategie steht, haben die 2 Volksabstimmungen zur Erhöhung des Rahmenkredits für den Kauf von Liegenschaften mehr als bewiesen. Zudem ist auch die losgelöste Betrachtung des Budgets des Fonds nicht sehr sinnvoll. Der Fonds ist ja vor allem eine Kapitalanlage, was bedeutet, dass man nicht nur die Rechnung anschauen sollte, sondern auch die Vermögenswerte. Der Fonds gibt Geld aus für den Unterhalt der Liegenschaften. Das steht so auch im Vortrag und das wiederum führt ja zu einer Wertsteigerung der Liegenschaften. Die Forderung einer schwarzen Null in der Rechnung könnte man in dem Fall einfach erreichen, indem man überhaupt keinen Unterhalt an den Liegenschaften mehr machen würde. Dann wird nichts mehr ausgegeben und im Budget haben wir eine schwarze Null. Dass dann eben aber das Kapital schrumpft, weil die Häuser immer weniger Wert haben, sieht man in der Rechnung nicht. Ich nehme an und hoffe doch schwer, dass das nicht die Absicht der FDP ist. Wir werden den Antrag natürlich ablehnen. Ebenso werden wir die Anträge 121 und 122 ablehnen. Bei Delegationsbesuchen ist der Gesundheitszustand der Mitarbeitenden seit Jahren ein

Thema. Krankheitsbedingte Abwesenheiten haben leider zugenommen, was nicht zuletzt auch mit den Sparmassnahmen und dem damit einhergehenden erhöhten Druck auf die Mitarbeitenden in den letzten Jahren zusammenhängt. Dass die Stadt jetzt hier besser hinschauen und den Themenschwerpunkt Gesundheitsmanagement stärken will, begrüssen wir sehr. Wir haben keinerlei Verständnis für die Kürzungsanträge, die auf Kosten der Mitarbeitendengesundheit gehen soll. Deshalb lehnen wir auch diese FDP-Anträge ab.

Vizepräsident: Danke, Katharina. Dann kommt für die Fraktion FDP/JF Florence Pärli.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Die FPI ist die Direktion, die soweit wir Einblick haben, aus der Sicht der Fraktion FDP/JF auch finanziell grundsätzlich bescheiden unterwegs ist. Sie hat bei FIT 2 vergleichsweise sehr umfangreiche Entlastungsmassnahmen getragen. Zur Direktion selbst haben wir darum nur einen Antrag, und zwar ist das Personalamt ja in einer Umstrukturierung. Und bevor das Amt weitere Stellen zum Beispiel für das Gesundheitsmanagement beantragt, soll die Umstrukturierung zuerst einmal komplettiert werden. Aus der Sicht der Fraktion FDP/JF ist es darum zu früh, jetzt schon neue Stellen zu fordern. Wir beantragen darum, auf den Ausbau jetzt zuerst einmal zu verzichten.

Der Fraktion FDP/JF ist aber nebst der FPI im engeren Sinn eines ein roter Dorn im Auge. Wie Katharina vorhin angesprochen hat, ist es der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Dass man es schafft mit einem Wohnfonds und mit der Vermietung eines der stärksten nachgefragten Güter, Wohnraum, Defizite zu schreiben, ist für die Fraktion FDP/JF nicht nachvollziehbar und spricht eben für ein strukturelles Problem im Fonds. Aus diesem Grund haben wir auch schon länger eine Interpellation verfasst, die verschiedene Fragen zur Betriebsführung des Fonds stellt. Zum Beispiel stellen wir Fragen zur Nettorendite. Damit der Fonds einer seiner Aufgaben, nämlich der Bereitstellung von GüWR-Wohnraum (Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien) gerecht werden kann, muss er an anderen Orten vernünftige Renditen erzielen können, um eben die tiefen Mieten bei GüWR zu kompensieren. Das gelingt ihm nicht beziehungsweise die Renditen sind bei ordentlich vermieteten Liegenschaften im Vergleich zu anderen Wohnfonds sehr viel tiefer, eventuell darum, weil man beispielsweise an der Reichenbachstrasse 94 Wohnungen neugebaut hat, und die preisgünstig vermietet. Neubau ist das Teuerste überhaupt und nicht für preisgünstige Mieten geeignet. Hier erlaube ich mir noch eine Nebenbemerkung: Als Steuerzahlerin ist mir sehr sauer aufgestossen, dass man die preisgünstigen Wohnungen für die Vermietung mit teuren Design-Möbeln von Le Corbusier beworben hat. Und bevor jetzt Michael wieder aufsteht und kontert, der Fonds werde nicht mit Steuern finanziert – nein, er wird nicht direkt mit Steuern finanziert. Er sollte sich eben selbst finanzieren. Aber der Steuerzahler steht gerade dafür, wenn es nicht mehr gelingt. Die Darlehen von über 600 Mio. Franken für den Fonds werden durch die Stadt Bern aufgenommen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stehen den Gläubiger gegenüber gerade und tragen also das finanzielle Risiko des Fonds. Und dieses Risiko muss der Fonds wiederum mit Zinszahlungen an die Stadt Bern ausgleichen können. Aus diesem Grund pocht die Fraktion FDP/JF darauf, dass der Fonds finanziell gesund bleibt und kein Defizit ausweisen darf.

Und abschliessend noch zum Antrag von AL/PdA zur Streichung der Gelder für Casablanca. Das Versprayen von Liegenschaften ist ein Problem. Es führt beispielsweise dazu, dass man sich an versprayten Orten weniger sicher fühlt und es wertet das Stadtbild und eben dann die Stadt Bern selbst massiv ab und führt zu hohen Kosten für die Entfernung. Diese Kosten treffen übrigens nicht nur die Liegenschaftsbesitzer selbst.

Wenn diese Kosten nicht versichert sind, überwälzen die Vermieter die Kosten für die Entfernung auf die Mieter. Und gerade vorletzte Woche wurde bei uns im Zähringer-Migros eine Riesenwand versprayed. Dabei hat es übrigens eben nicht nur die Wand erwischt, sondern auch noch 20 Velos dazu. Die sind jetzt alle teilweise schwer beschädigt. Und apropos Liegenschaften: Die Stadt Bern ist bei Casablanca dabei, weil sie selbst viele Liegenschaften hat und von der Dienstleistung von Casablanca profitieren kann. Es wurde gesagt, wir würden nicht genau verstehen, was Casablanca macht. Casablanca unternimmt verschiedene Koordinationsaufgaben zwischen den Betroffenen, der Strafverfolgung und der Entfernung des Schadens und entlastet die Verwaltung. Würde man diese Gelder an Casablanca streichen, würde es unter dem Strich mehr kosten, denn die Verwaltung müsste künftig diese Aufgaben wahrnehmen. Wir werden deshalb diesen Antrag ablehnen.

Vizepräsident: Merci. Florence. Dann hat für die Fraktion AL/PdA Matteo Micieli das Wort.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Zur Übersicht: Wir nehmen die Anträge und Planungserklärungen der RWSU, der JUSO, der JA! und unsere Anträge an. Die FDP/JF-Anträge lehnen wir ab. Aber der Reihe nach. Wir müssen unsere beschränkten Mittel und Ressourcen sinnvoll einsetzen. Ihr habt es gehört und ihr wisst auch alle, worum es geht. Es geht um Casablanca. Wir haben uns schon im letzten Jahr für den Sparantrag ausgesprochen. Dieses Jahr wurde uns noch erklärt, dass Casablanca nicht etwa eine Versicherung ist, die die Reinigung zahlt – das hat Florence vorhin auch gesagt –, sondern nur die Schadenmeldung abwickelt und die Reinigung sowie die Strafverfolgung organisiert. Und das ist irgendwie noch viel schlimmer, als wenn es eine Reinigungsversicherung wäre. Das heisst, die öffentliche Hand, die immer wieder zu ausgabenseitiger Vorsicht ermahnt wird, soll Leute, die hoch versichert sind und Immobilienbesitzer beim Organisieren der Reinigung und beim Abwickeln von Schadensmeldungen unterstützen. Ich bin überzeugt, dass es genug Hausbesitzer*innen gibt, die die fehlenden 40'000 Franken, wenn wir diesen Antrag annehmen, dementsprechend lieber selbst spenden, als sich irgendwie dazu herabzulassen, die Reinigung selbst zu organisieren oder die Strafverfolgung aufzunehmen. Es ist definitiv nicht unsere Aufgabe, die Reinigung von Privatbesitz zu organisieren. Dass der Gemeinderat in seiner Stellungnahme zur Planungserklärung des letzten Jahres auch vor hohen Mehrkosten warnt, trübt dann die Argumentation, es gehe nicht nur um Organisatorisches, dann gleich wieder. Es geht also schlussendlich eben doch darum, Reinigungskosten zu senken, und das zeigt auch ein kurzer Blick auf die Webseite von Casablanca. Man kann eine Vandalismus-Zusatzversicherung haben. Dann sind bis zu 10'000 Franken die Reinigungskosten gedeckt und die zusätzlichen Kosten werden nachher von Casablanca übernommen. Die haben genug Geld, so, wie es tönt, oder? Wir und die Bürgerlichen wollen aber kein weisses Bern. Wir wollen mehr Farbe für Bern und das wäre jetzt mal eine relativ klare Idee, wie so etwas aussehen könnte. Es ist sonst bis jetzt immer etwas vage geblieben, aber das wäre jetzt ein erster Schritt für eine farbige Stadt. Die die dagegen sind, sollen es selbst zahlen, sei es für die Organisation oder die Zusatzversicherungen. Und noch ein kleiner Hinweis an die SP: Ihr habt das letztes Jahr als Planungserklärung angenommen. Deshalb wäre ich froh, wenn ihr den Antrag heute unterstützen würdet.

Wer aber, wie im letzten Jahr auch schon, unsere Unterstützung braucht, und zwar nicht bei der Organisation der Reinigung, sondern beim Finden von zahlbarem Wohnraum, sind Menschen, die auf städtischen Wohnraum angewiesen sind. Die Stadt Bern

hat auf Ende Dezember 2023 die Mietzinsen erhöht um rund 6%; die gleiche Stadt, die 40'000 Franken zahlen will, damit sich jene, die selbst ein Haus besitzen, die Reinigung organisieren lassen können. Da stimmt doch irgendwie etwas halt einfach nicht. Wir haben uns letztes Jahr auch schon gegen die Mietzinserhöhung gewehrt und machen das dieses Jahr auch wieder. Eine Stadt für alle, Politik für alle heisst nicht, Wohneigentum zu ermöglichen, wie das die FDP vielleicht meint, sondern Wohnen zu ermöglichen. Das sind die feinen Unterschiede. Wenn wir schon von der FDP reden – ich glaube, es ist klar, dass wir ihre Anträge ablehnen. So wollen sie beispielsweise den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik an die kurze Leine nehmen und dafür sorgen, dass er ja kein Defizit macht. Ihre Vorstellung von Wohnpolitik ist dementsprechend nicht, etwa zu schauen, dass der Immobilienmarkt sozialer ausgestaltet wird. Es geht auch nicht darum dafür zu sorgen, dass die gesetzlich beschränkte Rendite von 2% über dem Referenzzinssatz eingehalten wird, sondern das einzige, das ihnen in den Sinn kommt, ist zu sagen, dass die günstigen Wohnungen der Stadt Bern unfair sind, weil nicht alle eine haben. Und weil das so unfair ist, soll man nachher Mietzinserhöhungen prüfen. Dabei ist es ja ihre Politik, die unter anderem zu so hohen Mieten führt. Es ist also relativ verlogen, welche Politik da gemacht wird. Und nachher noch zur Streichung der BGM-Stelle (Betriebliches Gesundheitsmanagement): Dazu möchte ich auch nicht allzu viele Worte verlieren. Die Stadt Bern hat viele Krankheitstage. Citysoftnet hat auch nicht geholfen und so weiter. Und in Sachen betriebliches Gesundheitsmanagement vorwärtszumachen, ist wichtig. Die FDP wehrt sich gegen die BGM und ich glaube, es braucht nur eines von beiden wirklich in dieser Stadt. Nachher, den Leistungsindikator des Frauenanteils im Führungskader umzubenennen und im Planjahr 2026 auf 50% zu erhöhen, finden wir wichtig. Es wäre ein Zeichen, dass wir die Realität erkannt haben und dementsprechend handeln. Noch einmal: Die Planungserklärungen und Anträge der JUSO, der JA! und unsere nehmen wir an. Die anderen lehnen wir ab. Merci.

Vizepräsident: Merci, Matteo. Dann kommt für die Fraktion SP-Juso, Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Fortschrittliche Arbeitsbedingungen, gemeinnütziger Wohnungsbau, eine aktive Wohnbaupolitik – das ist möglich mit den richtigen Akzenten in der FPI. Und unter diesem Aspekt lehnen wir auch als SP-JUSO-Fraktion von vorneherein alle Anträge ausser einem ab. Ich begründe auch sehr gerne, warum. Die SP-JUSO-Fraktion hat über die Planungserklärung der Kommission zum Leistungsindikator für energetische Gebäudehüllensanierungen diskutiert, kam aber schlussendlich mehrheitlich zum Schluss, dass dieser Indikator auf Kosten eines anderen im AFP nicht zielführend ist, und lehnt diese Planungserklärung deshalb ab.

Zu diskutieren gab auch der Antrag zur Streichung des Beitrags an Casablanca. Wir haben diese Planungserklärung letztes Mal angenommen, sind aber jetzt in der Diskussion in der Fraktion zum Schluss gekommen, dass diese Streichung die Stadt unter dem Strich mehr kosten würde, und die Stadt selbst Ressourcen aufstocken müsste, um das auszugleichen. Dementsprechend lehnt die SP-JUSO-Fraktion diesen Kürzungsantrag ebenfalls ab. Ebenfalls nicht zustimmen wird die SP-JUSO-Fraktion dem Antrag zum Rückgängigmachen der Mietzinserhöhungen im Rahmen der Referenzzinssatzerhöhung. Es ist richtig und wichtig, dass die Mieten bezahlbar bleiben müssen. Das Problem bei den Mietzinserhöhungen im Rahmen der Referenzzinssatzerhöhung — dies wurde auch schon gesagt — liegt aber nicht bei der Stadt, sondern bei anderen Immobilienbesitzerinnen und -besitzern. Die Hälfte der Mieter*innen in der Schweiz hat

in den letzten Jahren eine Mietzinsreduktion erhalten; das, obschon die Vermieter*innen die sinkenden Zinssätze hätten weitergeben müssen. Die Mieten wurden sogar noch erhöht, wenn beispielsweise die Mieterinnen/Mieter gewechselt haben. Faktisch ist damit die Marktmiete eingeführt worden, ohne dass man das im Mietrecht niedergeschrieben hätte. Unrechtmässige Erhöhungen im Rahmen der jetzigen Erhöhung des Referenzzinssatzes müssen angefochten werden. Die Stadt hat jedoch die Senkungen jeweils weitergegeben und die Erhöhung im Rahmen des Referenzzinssatzes beispielsweise auch bei den GüWR-Wohnungen nicht vollzogen.

Im Sinne einer Boden- und Wohnbaupolitik, die den Menschen in dieser Stadt eine bezahlbare Wohnung ermöglicht, ist es wichtig, mehr Boden der Spekulation zu entziehen und den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. In diesem Sinn, im Sinne einer Wohnbaupolitik für die Mieter*innen lehnt die SP-JUSO-Fraktion den Antrag der FDP/JF zum Fonds klar ab. Klar ablehnen wird die SP-JUSO-Fraktion zudem den Antrag der FDP/JF-Fraktion zur Streichung des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Es ist für uns völlig unverständlich, dass man gerade bei der Gesundheit der Angestellten sparen will, wo wir doch wissen, dass wir aufgrund von steigendem Druck, enger Personaldecke viele Krankheitsabsenzen haben bei den Angestellten, und dass das auch immer wieder bei den Delegationsbesuchen ein Thema ist. Und zum Schluss noch etwas, das wir annehmen. Die SP/JUSO-Fraktion wird den Antrag der JUSO für 50% FINTA-Anteil (Frauen, Inter Personen, nonbinäre Menschen, trans Menschen und agender Personen) im Führungskader annehmen. Es ist erfreulich, dass Bern in der Gleichstellung in diesem Bereich gut unterwegs ist. 50% FINTA liegt aber durchaus drin. Merci.

Vizepräsident: Danke, Lena. Dann hat für die Fraktion GFL Michael Burkhard das Wort.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Ich spreche nur zu Casablanca. Das ist ein Thema, das in der GFL-Fraktion zu reden gab. Man könnte sagen: "Play it again, Sam." Es kommt jedes Jahr wieder. Aber es hat jetzt dazu eine Diskussion auf 2 Ebenen gegeben, einerseits inhaltlich-materiell und andererseits eine parlamentsrechtliche, formelle Ebene. Zuerst zum Inhaltlichen: Historisch war Casablanca eine Erfolgsgeschichte, ähnlich wie der Parkplatzkompromiss. Es ist entstanden 2005, damals noch unter Alexander Tschäppat, der gesehen hat, dass das eine Front ist, die nicht nötig ist. Die Bürgerlichen waren damals viel vigilanter, als sie heute sind, und haben das als Kristallisationspunkt genommen für eine heftige Opposition gegen das noch relativ frische RGM-Bündnis. Alexander Tschäppat hat gefunden, das brauche es eigentlich nicht, man mache einen Kompromiss, und brachte das Thema vom Tisch. Man hat nachher die Gebäudeversicherung ins Boot geholt, die Hauseigentümer, die Häuserbesitzer und den City-Verband. Man hat gesagt, das machen wir nicht mehr so. Das war sicher auch eine andere Zeit. Es hatte damals auch die, die mehr Farbe nach Bern gebracht haben. Reclaim the streets war damals noch ein Thema, um so den öffentlichen Raum in Besitz zu nehmen. Das ist alles ein bisschen vergessen gegangen, aber das ist eigentlich der Grund. Und darum stellt sich die Frage, ob man jetzt den Kompromiss, weil sich die Machtverhältnisse ein bisschen verschoben haben, aufs Spiel setzen will. Oder heisst es auch da: Vereinbarung ist Vereinbarung? Auch wenn sich die Umstände ein bisschen geändert haben – Pacta sunt servanda. Wir sind eher der Meinung, man sollte daran festhalten und nicht einen Kompromiss gefährden. Interessant ist vielleicht ein kriminologischer Hinweis. Es ist ja eigentlich die Broken-Windows-Theorie in Aktion, die man hier sieht, und die erstaunlicherweise funktioniert. Das ist

eine dieser Theorien, die sogar funktionieren. Man sieht, dass nach Verschönerungen oder wie man das nennen will, die Delikte effektiv zurückgegangen sind. Deshalb lehnt die Fraktion grundsätzlich diese Anträge aus inhaltlicher Sicht ab.

Aber jetzt komme ich zum Parlamentsrechtlichen. Und darauf hat Matteo gestern schon hingewiesen, und Katharina heute. Es hat tatsächlich eine unschöne Komponente, wenn überwiesene Planungserklärungen als *Quantité négligeable* behandelt werden, als heisse Luft. Und dort gibt es durchaus ein Problem. Ich habe es nachgeschaut: Wir haben insgesamt 13 Planungserklärungen in diesem AFP, die der Gemeinderat gnädigerweise bereit ist umzusetzen. Aber es hat 6, die er nur teilweise oder gar nicht umsetzt. Und das ist ein Verhältnis, das nicht stimmen kann. Es heisst in den entsprechenden Bestimmungen, eine Planungserklärung sei politisch verbindlich. Was heisst das jetzt? Ich denke, das Parlament muss sich hier überlegen, das so zu fassen, dass der Gemeinderat nicht einfach das Verbindliche auslegen kann als unverbindlich, sondern die politische Verbindlichkeit einen Gehalt erhalten muss, so dass man nicht nach Belieben sagen kann: Die Planungserklärung passt mir jetzt, diese Planungserklärung passt mir nicht. Aus diesem Grund werde ich mich bei diesem Traktandum wie auch bei den anderen, denen überwiesene Planungserklärungen unterlegt sind, enthalten. Aber inhaltlich wird die Fraktion diesen Antrag ablehnen.

Vizepräsident: Danke, Michael. Dann kommt noch für die Fraktion SVP Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich will nur kurz von Seiten der SVP-Fraktion Stellung nehmen zu den Anträgen. In unseren Augen ist Casablanca eine Erfolgsgeschichte für die Stadt Bern. Sie gehört zu den Mitgründerinnen dazumal 2005. Ich glaube, er hat sich bewährt, dieser Verein. Es ist tatsächlich so, dass es eigentlich ein Verein ist, der so ein bisschen alles zusammenführt; die Prävention, aber natürlich auch, dass es generell behoben wird respektive dass die Schmierereien entfernt werden können. Es sind verschiedene Aspekte, die dort zusammenfliessen und dort in diesem Verein gebündelt werden. Deshalb lehnen wir den Antrag klar ab, der das Geld streichen will. Und die anderen Anträge, die einen Stellenausbau oder Erhöhungen vorsehen, lehnen wir klar ab. Hingegen stimmen wir dem Antrag der FDP zu, in dem es um den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik geht. Dazu kann ich vielleicht schon etwas sagen. Es ist sicher richtig, dass die Stadt Bern oder die Stadtberner Stimmbewölkerung hinter diesem Fonds steht. Das ist unbestritten, aber das heisst trotzdem nicht, dass der Fonds einfach irgendwie walten kann. Vielmehr sollte er einfach auch ein bisschen vorsichtig sein, denn es gibt ein Sprichwort: Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht. Und der Fonds ist je nachdem nicht so weit davon entfernt. Der Fonds muss sich hoch verschulden respektive die Stadt Bern muss sich hoch verschulden, wenn der Finanzdirektor mal wieder auf Shoppingtour geht und zum Beispiel am Wildhainweg Büroliegenschaften für 50 Mio. Franken kauft. Und auch das, sage ich mal, war unter 60%, also deutlich unter dem Wähleranteil von Mitte-Links in dieser Stadt. Also selbst rot-grüne Wähler finden das wahrscheinlich nicht so cool, wenn man mit Geldern, die eigentlich dafür gedacht sind, Wohnbaupolitik zu betreiben, Büroliegenschaften kauft, von denen man nicht einmal weiss, was man damit machen will. Und nachher vielleicht noch etwas anderes, etwas Aktuelles, das vielleicht viele noch gar nicht mitbekommen haben, mit dem Tiefenauspi. Die Stadt Bern rasselt hier gerade wieder in ein anderes Gerichtsverfahren hinein. Sie kommt ihren Verpflichtungen als Vertragspartnerin nicht einmal mehr nach. Dort geht es ja darum, dass das Tiefenauspi-

tal bis letztes Jahr noch der Insel gehört hat. Die Stadt hat der Insel ein Baurecht gegeben für das Tiefenauspital. Und dadurch, dass jetzt ein Asylzentrum hineinkommt, gibt es die sogenannte Heimfallentschädigung. Also dadurch, dass das Gebäude anders genutzt wird, gibt es eine Heimfallentschädigung und das Gebäude geht zurück an die Stadt. Die Stadt muss es zu einem gewissen Preis zurückkaufen. Das Preis wird geschätzt von einer sogenannten Gülterschätzungskommission, die neutral und unabhängig vom Kanton ist. Diese Kommission hat gesagt, das Gebäude koste 10 Mio. Franken, und daran hat man sich zu halten als Vertragspartnerin. Die Stadt Bern kommt aber bis heute ihren Verpflichtungen nicht nach. Sie zahlt die 10 Mio. Franken nicht. Ich weiss nicht, ob sie den Entscheid der Gülterschätzungskommission nicht angefochten hat, denn das hätte ich eigentlich erwartet, wenn man nicht zufrieden ist mit einem Entscheid. Das sind alles Sachen, die so ein bisschen undurchsichtig sind, und wir wünschen uns eigentlich schon, dass das nicht passiert. Und das sind auch Gelder, die im Fonds sind, und so, glaube ich, kann es nicht weitergehen mit dem Fonds. Deshalb unterstützen wir den Antrag ganz klar, dass diese Rechnung ausgeglichen sein muss und dass sich die Stadt respektive die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht auf die Kosten des Fonds verschulden müssen.

Vizepräsident: Danke, Janosch. – Gibt es Einzelsprechende? Jawohl. Dann hat als erstes das Wort, Halua.

Halua Pinto de Magalhães (SP), Einzelvotum: Noch kurz eine Replik auf die Referenz auf die Broken-Windows-Theory. Diese ist in den 80er-, 90er-Jahren in den amerikanischen Städten eingesetzt worden, um Randständige aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und um unter anderem Racial-Profiling zu legitimieren. Ich glaube, das ist kein Grund, wieso wir Casablanca unterstützen sollten, im Gegenteil. Ich werde den Antrag unterstützen.

Vizepräsident: Merci, Halua. Als nächstes, Paula Zysset.

Paula Zysset (JUSO), Einzelvotum: Ich würde gerne noch etwas zu den Anträgen 87, 89, 90 und 91 sagen, die wir als JUSO eingereicht beziehungsweise miteingereicht haben. Zu den Anträgen 87 und 89 zur Streichung des jährlichen Beitrags an den Verein Casablanca: In der letztjährigen Budgetdebatte ist, wie schon erwähnt, die identische Planungserklärung vom Stadtrat angenommen worden. Es ist stossend, dass der Gemeinderat diese nicht umsetzen will. Andererseits ist es aber auch irritierend, dass in diesem Jahr eine Mehrheit das plötzlich ablehnen will. Das zeugt doch auch von einer gewissen Inkonsequenz. Als Absichtserklärung macht es sich noch gut, wenn es aber dann wirklich darum geht, lieber doch nicht. Als JUSO sind wir nach wie vor der Meinung, dass es nicht sein kann, dass die Stadt den Verein finanziell unterstützt, der für die privaten Immobilienbesitzer*innen die Fassadenreinigung organisiert. Unter anderem auch der Ansatz von Casablanca, Sprayerinnen mit mehr Repression zu begegnen, oder auch die Vorstellung, dass weniger Graffitis ein besseres Sicherheitsgefühl vermitteln, finden wir höchst problematisch und so auch die Mitgliedschaft der Stadt Bern in dem Verein. Wir werden deshalb sowohl den Budgetantrag als auch die Planungserklärung annehmen.

Beim Antrag 90 ist es unsere Haltung, dass sich die Stadt im Sinne einer aktiven und sozialen Wohnpolitik insbesondere gegen die Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt einsetzen muss. Und eine Mietzinserhöhung bei städtischen Wohnungen von durchschnittlich 6% entspricht nicht einer solchen Politik. Natürlich, so steht es im Antrag,

muss sich die Stadt gewissen Entwicklungen auch anpassen. Das soll aber eben immer nur so kurz wie möglich auf die Mieter*innen überwältigt werden. Die Menschen haben nämlich nicht plötzlich mehr Geld als letztes Jahr. Die Lebenshaltungskosten sind für ganz viele Menschen auch gestiegen. Darum soll die Stadt hier als vorbildliche, als soziale Vermieterin vorgehen und die vorgenommenen Mietzinserhöhungen vom letzten Dezember bis spätestens Ende 2025 wieder rückgängig machen.

Und noch kurz zu unserem Antrag 91: Wir finden das eine Selbstverständlichkeit. Auch wenn Anteile im Führungskader nicht ein Indikator für einen generellen Zustand der Gleichstellung sein können, ist es doch unverständlich, wie die Stadt Bern sich ab dem Jahr 2025 40% Frauen im Führungskader vornehmen kann und bis zum Jahr 2028 dort auch keine Steigerung vorsieht; und das, obwohl man sich zum Ziel nimmt, eine gleichstellungsfördernde Arbeitgeberin zu sein. Wir sind der Meinung, dass das mindestens 50% sein muss. Ausserdem finden wir es wichtig, dass man den Indikator in FINTA-Anteil umbenennt, um der in der Realität gelebten Geschlechtervielfalt gerecht zu werden. So hat sich ja in der Stadt kürzlich auch die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann in Fachstelle für die Gleichstellung in Geschlechterfragen umbenannt. Wir danken euch also, wenn ihr auch dieser Planungserklärung zustimmt.

Vizepräsident: Merci, Paula. Dann kommt als nächstes Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ihr ahnt es, ich werde zu Casablanca reden. Was wir hier in den letzten 10 Minuten an Unwahrheiten gehört haben, geht auf keine Kuhhaut. Die Begründung des Antrags ist schlicht und einfach falsch.

Der Betrag, den die Stadt diesem Verein zahlt, ist nicht zum Subventionieren der Hauseigentümer, der Privaten. Der ist dafür da – und es ist eine Versicherung –, dass die Stadt auf ihren Stadtliegenschaften und auf ihren Stadtmauern die Sprayereien, die Tags und die Schmierereien entfernen lassen kann; und das zu diesem Preis. Das bringt ihr nicht hin, wenn ihr das jedes Mal selbst zahlen und selbst organisieren müsst. Es geht hier in keiner Art und Weise darum, private Liegenschaftsbesitzer zu subventionieren. Die Begründung, die ihr hier habt, die ist schlicht und einfach falsch. Und nachher könnt ihr durch die Stadt gehen, wenn man das Ganze nicht mehr entfernt. Dann geht mal durch die Altstadt und schaut einfach die Häuser an, die am schlimmsten, am ekligsten und versifftesten aussehen. Das sind Stadthäuser. Ihr habt auch keinen Respekt vor dem Handwerk, wenn ich so höre, was ihr da erzählt. Es ist das Handwerk von Steinhauern, die machen schöne Mauern, Sandsteinmauern, man kann es beobachten, auch beim Bärengraben, ein wunderbares Handwerk. Es wird nicht geschätzt, es wird einfach übersprayed. So viel zur Wertschätzung des Handwerks.

Dann: Wo bleibt die Ökologie? Was haben wir gerade von eurer Seite gehört, wie wichtig die Ökologie ist? Biodiversität, Ökologie, Umwelt. Wieso produziert ihr dann Sprayereien, wieso befürwortet ihr die? Habt ihr das Gefühl, die Büchse mit diesen Farben sei super ökologisch?

Ich verstehe euch nicht. Ihr habt das Gefühl, das sei alles wunderbar farbig und dann gehe es als ökologisch auch noch durch. Das geht alles nicht auf. Ihr seid so was von unlogisch. Und nachher die Entfernung, von der ihr zwar der Meinung seid, man soll das nicht machen – aber die Entfernung braucht dann gerade noch einmal Lösungsmittel. Deshalb bin ich extrem froh und begrüße es, dass die SP ein bisschen gescheitert geworden ist seit letztem Jahr und sie den Antrag ablehnen wird, diese Kürzung des Casablanca-Betrags und des Beitrags. Die Mitgliedschaft in diesem Verein ist enorm wichtig für die Stadt Bern. Danke.

Vizepräsident: Merci, Ursula. Dann Simone Richner.

Simone Richner (FDP), Einzelvotum: Vielen Dank, Ursula Stöckli, für das starke Votum. Ich möchte noch auf etwas eingehen, das gesagt wurde, nämlich, dass die Bürgerlichen für die Mietzinserhöhung verantwortlich seien. Ich möchte einfach nur noch einmal schnell daran erinnern: Hier in der Stadt Bern haben wir seit über 30 Jahren eine links-grüne Mehrheit, und ich glaube, das geht immer ein bisschen vergessen in der ganzen Budgetdebatte. Also ihr müsst euch vorstellen, alles worüber wir hier diskutieren, alle Sachen, die wir jetzt nicht machen können, ist direkt auf eure Politik zurückzuführen; einfach wenn ihr das einmal euren Freunden weitererzählen könntet, wenn sie sich wieder über die Bürgerlichen aufregen. Wir versuchen, uns hier zu wehren. Wir versuchen hier ein bisschen gegen euch anzukämpfen, damit es wieder ein bisschen fairer wird in dieser Stadt Bern. Leider, man hat es heute auch wieder gesehen, leider vergeblich. Noch einmal: Ihr seid verantwortlich für die Wohnbaupolitik in dieser Stadt Bern und somit indirekt auch für die hohen Mieten. Einfach damit wir das noch einmal gesagt haben. Wir wollen den Abbau der Bürokratie. Wir wollen mehr Wohnraum, wir wollen mehr bauen, damit wir einen fairen Miet- und Wohneigentumsmarkt hinbekommen und so auch die Mieten wieder tiefer werden. Das ist unser Ziel. Danke vielmals.

Vizepräsident: Danke, Simone. Dann kommt Anna Leissing.

Anna Leissing (GB), Einzelvotum: Ich muss einfach auf 2 Sachen kurz reagieren. Einerseits zu Simone: Es ist wirklich toll zu hören, dass euer Ziel tiefe Mieten ist. Dazu könnt ihr gerne die Privatwirtschaft und die privaten Immobilienbesitzer*innen in der Stadt Bern zu beeinflussen versuchen, denn diese machen nämlich die grosse Mehrheit aller Mietzinse aus. Die Stadt besitzt, glaube ich, 2% aller Immobilien in der Stadt und hat dort den Handlungsspielraum, um die Mietzinsen entsprechend anzupassen. Was der sogenannte freie Immobilienmarkt macht, liegt leider nicht in unserer Hand. Wir hätten sehr gerne mehr Handlungsspielraum. Darüber können wir zusammen diskutieren. Und das Zweite, auf das ich unbedingt noch reagieren wollte, betrifft Janosch, der hier hinsteht und mit Zahlen um sich wirft, was den Kauf des Wildhainwegs anbelangt. Ich habe es jetzt gerade nochmal schnell nachgeschaut. Es sind also nicht 50 Mio. Franken, sondern 33,9 Mio. Franken. Und viel wichtiger ist, dass der Kauf von der Stimmbevölkerung in dieser Stadt Bern, und zwar von 59%, gutgeheissen wurde. Das ist also nicht irgendein hochtrabendes Projekt des Gemeinderats oder des Stadtrats und der Links-Grünen. Das ist einfach ein Entscheid der Stimmbevölkerung der Stadt Bern, dass man diese Immobilien anschafft. Und mich dünkt es jemand, der in den Gemeinderat dieser Stadt will, müsste doch zumindest die Stimmbevölkerung respektieren in dem, was sie entscheidet.

Vizepräsident: Merci, Anna. Bitte, wenn ihr noch Einzelvoten halten wollt, meldet euch an, damit es kein allzu grosses Pingpong wird. Es hat als nächstes das Wort, Nora Krummen.

Nora Krummen (SP), Einzelvotum: Ich möchte einfach daran erinnern, dass die rot-grüne Mehrheit dafür verantwortlich ist, dass wir einen Drittel gemeinnützigen Wohnungsbau bei Neubauten haben, dass, wenn wir städtische, neue Wohnfelder eröffnen, man dort den Anteil sogar auf bis zu 50% erhöht, und dass das immer und ausschliesslich gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien passiert. Man will das nie.

Und das Zweite. Es sind die bürgerlich dominierten Parlamente auf nationaler Ebene, die gerade dabei sind, den Mieter*innenschutz zu verschlechtern und die absolute Abzocke, die momentan auf dem Mietmarkt läuft, noch zu legitimieren, obwohl sie jetzt, Stand heute, gesetzeswidrig ist. Es ist definitiv nicht Rot-Grün, das die Mieten in die Höhe treibt. Es ist das bürgerliche Lager.

Vizepräsident: Vielen Dank. Als nächstes, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich will nur kurz etwas sagen, weil ich angegriffen wurde. Logisch, das Stimmvolk hat immer recht, das stelle ich gar nicht in Abrede. Ich habe gesagt, das sei bewusst gewollt von der Stadtberner Stimmbevölkerung, dass die Stadt Bern sich engagiert im Wohnungsmarkt. Aber ich bin trotzdem der Meinung, dass man als Finanzdirektor oder als Gemeinderat einfach wirklich auch besser hinschauen müsste, was man kauft, und sorgsam mit den Finanzen umgehen, eben gerade vom Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, und nicht eben einfach irgendwie etwas zu kaufen. Wenn das jetzt wirklich Wohnungen gewesen wären, Top-Wohnungen, aus denen ihr dann auch wirklich von einem Tag auf den anderen GüWR-Wohnungen hättet realisieren können, wäre die Zustimmung deutlich höher gewesen. Aber 59% ist in dieser Stadt dann doch nicht so deutlich für eine Vorlage, hinter der ihr voll steht. Und darum muss ich mir das eigentlich auch nicht bieten lassen. Merci.

Vizepräsident: Danke, Janosch. Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP), Einzelvotum: Ich finde es sehr spannend, dass gerade gesagt wurde, das Stimmvolk hat immer recht, denn es gäbe eigentlich auch eine Möglichkeit, der Zweckentfremdung von bestehendem, bezahlbarem Wohnraum effektiv entgegenzuwirken, und das wäre das Zweitwohnungsreglement, das vom Stimmvolk mit über 80% angenommen worden ist. Seit 2 Jahren wird das vom Hauseigentümerverband blockiert und dieser ist doch auch der grösste Geldgeber von BGM, wenn ich es richtig sehe in der Offenlegung für die Gemeinderatswahlen. Darum würde ich doch sagen: Respektieren wir den Volkswillen doch auch und setzen das Reglement um und sorgen so für bezahlbare Wohnungen.

Vizepräsident: Merci, Lena. Noch einmal Simone Richner.

Simone Richner (FDP), Einzelvotum: Danke vielmals, einfach nur noch schnell: Ich habe gesagt, ihr seid verantwortlich für die Wohnbaupolitik in der Stadt Bern. Wir können keine Wohnungen mehr bauen, weil es immer blockiert wird, und das hat unter anderem direkte Auswirkungen auf die Wohnungsknappheit. Wir haben immer noch eine Leerwohnungsziffer von nur 0,5%. Die hat stetig abgenommen in den Jahren, in denen ihr in der Regierung hockt. Und das ist das Einzige, was ich gesagt habe, alles andere, was jetzt hier behauptet wurde, worüber man sich chauffieren musste, habe ich so nicht gesagt.

Vizepräsident: Gut. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, dann gebe ich Michael Aebersold für den Gemeinderat das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Es freut mich natürlich sehr, wenn meiner Direktion eine gewisse Bescheidenheit zugesprochen wird. Das ist auch so. Wir sind ja eine Inf-

rastrukturdirektion, wir stellen die Informatik zur Verfügung. Wir beraten im Personalbereich, Immobilien, stellen Liegenschaften zur Verfügung und schlussendlich sind wir auch Cash-Cow – einfach damit das nicht vergessen geht – mit der Steuerverwaltung. Und trotzdem gibt es jetzt noch eine recht politische Diskussion. Und dieser stelle ich mich hier gerne. Einleitend möchte ich mich zum Tiefenauspital äussern. Auch ich erwarte von einem Fraktionspräsidenten, Janosch Weyermann, dass man da nicht nach vorne kommt und trumpsche Aussagen macht. Ich lehne das in aller Form ab. Die Stadt Bern halte die Verträge nicht ein, hast du gesagt. Es gibt keinen Vertrag. Es gibt ein kantonales Gesetz, das regelt, was bei einem Heimfall passiert. Sowohl die Juristen beim Kanton wie auch die von uns konsultierten Juristen sind klar der Meinung, dass es nicht sein kann, dass einfach einer ein Gutachten schreibt, wichtige Fakten vergisst und nachher sagt, die Stadt Bern müsse jetzt einfach 10 Mio. Franken abdrücken. Das kann ja nicht im Sinn und Geist der Stadt Bern sein, und ich würde meine Verantwortung nicht wahrnehmen, wenn ich hier nicht den Fuss in die Türe halten und sagen würde, so gehe es nicht. Dann gibt es einen Gerichtsfall zwischen der Stadt Bern und der Inselgruppe. Das ist weder Krieg noch Knatsch noch irgendetwas. Wir haben finanzielle Interessen und jetzt ist es eine reine Rechtsfrage, wer dort den ersten Schritt macht und das halt gerichtlich anschauen will. Es war die Insel. Das war auch ein bisschen unsere Strategie. Jetzt schauen wir, wie das weitergeht. Es gibt keinen Vertrag. Die Stadt hält ihre Verträge ein. Wir haben auch einen Beitrag bezahlt. und man wartet jetzt darauf, was hoffentlich das Schiedsgericht – ... Das haben wir der Insel auch angeboten. Wir haben gesagt, wir setzen doch ein unabhängiges Schiedsgericht ein, das den Preis festlegt, und der wird von beiden Seiten akzeptiert. Ich habe ein wenig Verständnis dafür, dass die Insel das nicht wollte und dort freiwillig auf Geld verzichtet. Und jetzt halt auf ein Urteil setzt. Wer dazu noch Fragen hat – ich stehe gerne zur Verfügung. Aber bitte erzählt nicht so Zeug.

Ich komme gerade zum nächsten spannenden Thema: Casablanca. Ich bitte euch doch, die ideologischen Scheuklappen abzulegen. Und wenn die Sprecherin des Grünen Bündnisses sagt, sie wisse ja gar nicht, was Casablanca mache, hätte sie ja auch mich fragen können. Also, meine Telefon- und meine Handynummer sind bekannt. Es steht auch noch im Internet. Es wurde gesagt. Hier muss ich die bürgerliche Seite unterstützen. Die Stadt Bern profitiert von Casablanca. Die öffentliche Hand subventioniert nicht Private. Diese kommen für ihre Kosten selbst auf. Wir sparen Kosten. Denn wenn man nicht Casablanca hätte, das das ganze Administrative macht, dann müsste man das selbst machen und dazu müsste man wieder eine Stelle schaffen, die sich mit diesen ganzen Fragen befasst, und das würde sicher gleichviel kosten und nicht weniger. Hinzu kommt übrigens, dass Casablanca bis heute von der Gebäudeversicherung subventioniert wird. Also, davon profitiert die Stadt auch noch einmal. Wir hatten es vorhin noch ein bisschen von Graffiti – mehr Farbe für Bern. Ich bin eigentlich ganz zufrieden mit viel Rot und ein bisschen Grün. Aber ich muss euch schon sagen, wenn wir am Zentralweg eine neue Liegenschaft kaufen und die einfach 2 Wochen später völlig und grausig verschmiert ist, muss ich sagen: Das geht nicht, sorry. Es geht nicht, es ist nicht lustig, das Ganze wird nachher verschmiert. Die Leute aus dem Nordquartier wissen das. Wenn es irgendein einzelnes Tag hat, das noch schön ist, dann lässt man das. Aber einfach eine ganze Mauer versprayen, glaube ich, ist nicht im Interesse der Stadt Bern. Und darum bin ich sehr dankbar, wenn ihr den Betrag nicht streicht.

Jetzt komme ich zu einem Exkurs zu den Planungserklärung. Die Planungserklärungen prüft der Gemeinderat immer sehr genau. Es ist vielleicht halt schon so, dass die Verwaltung ein bisschen mehr weiss als irgendjemand, der findet, das wäre doch noch eine

gute Idee. Nehmen wir einen Leistungsindikator "Anteil energetische Gebäudehüllensanierungen". Es ist nicht so, dass der Gemeinderat sagt, dies sei eine blöde Forderung. Das setzen wir nicht um. Ich kann euch sagen, das haben sich Hochbau Stadt Bern, Immobilien, auch die zuständigen Stellen der SUE genau angeschaut, haben das prüft und gefragt: Macht das Sinn? Und wir haben euch letztes Jahr, auf Seite 39, glaube ich, könnt ihr das nachlesen, gut begründet, dünkt mich, warum es einfach nicht ein guter Indikator ist, dass es um den Wärmeverbrauch geht, den man messen kann, der viel relevanter ist, weil man Gebäudesanierungen immer verbunden mit anderen Sanierungsmassnahmen macht, dass wir übrigens in Zukunft im Rahmen der Energie- und Klimastrategie genau eine solche Zielvorgabe haben. Und entsprechend ist es nicht einfach der sture Gemeinderat, sondern wir haben das Gefühl, man habe das auch klar belegt und aufzeigen können, dass ein solcher Indikator keinen Sinn ergibt. Hinzu kommt, dass die Anzahl der Indikatoren heute beschränkt ist. Entsprechend bitte ich euch, die Planungserklärung oder die Vorgabe auch abzulehnen. Ich komme zum nächsten spannenden Thema: Mietzinserhöhungen rückgängig machen. Wir wollen jetzt nicht eine gesamtwohnbaupolitische Debatte führen, aber das würde einfach rein kostenmässig 1,2 Mio. Franken ausmachen, die der Fonds zahlen müsste, der bereits jetzt ein Defizit hat, das er nicht aus dem Cashflow finanzieren kann und sich entsprechend weiter verschulden müsste. Ich glaube, der Fonds hat sehr sozial gehandelt. Wir haben nämlich erstens) die erste Leitzinserhöhung bei den GüWR-Wohnungen nicht weitergegeben und die zweite, bei der man hätte nachziehen können – das wären etwa noch einmal 900'000 Franken gewesen –, haben wir nicht umgesetzt, genau aufgrund sozialer Überlegungen, vielleicht auch ein bisschen mit Blick in die Zukunft, dass die Leitzinsen weiter runterkommen. Die Stadt Bern ist nach wie vor führend, wenn es darum geht, günstige Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen. Und wir haben das damals bei dieser Mietzinserhöhung angeschaut: Es gibt viele, die lange in diesen Wohnungen sind, denen man jede Leitzinssenkung weitergegeben hat und jetzt wieder rauf. Die haben heute noch einen tieferen Mietzins als sie hatten, als sie in die Wohnung eingezogen sind.

Es wurde auch gesagt, der Fonds sei eine Finanzanlage. Ja, das ist so. Entsprechend muss er vorwärtsmachen. Der Fonds kann nicht Liegenschaften betreiben, vermieten und noch drauflegen. Der Fonds muss schlussendlich auch noch Geld zurückstellen können für zukünftige Sanierungen. Wir wollen eine aktive Wohnpolitik, auch dafür braucht es Geld. Das wollen wir nicht alles auf dem Markt aufnehmen, und entsprechend bin ich wirklich sehr dankbar, wenn ihr den Antrag ebenfalls ablehnt.

Jetzt komme ich zur BGM-Stelle. Es wurde gesagt: Gesunde, motivierte Mitarbeitende sind das höchste Gut für eine Stadt, für einen Arbeitgeber. Und entsprechend ist es zentral, dass wir auch strategisch-zentral jemanden haben, der das managt. Ich kann euch sagen, dass das PA (Personalamt) gut aufgestellt ist heute, reorganisiert. Also, diesen Antrag könnt ihr gut zurückziehen.

Moodys noch: Es muss nicht unbedingt Moodys sein, aber das Rating von einer anerkannten Rating-Agentur brauchen wir, damit wir billiger Geld bekommen.

So, jetzt möchte ich noch Claudio danken für sein Geschenk. Es ist sehr interessant. Ich habe schnell auf Wiki nachgeschaut. Smith fordert nämlich die Abschaffung der Preis- und Lohnordnung, von Zünften, Privilegien und Monopolen. Jetzt kann ich auf beide Seiten schauen, und jede und jeder wird wahrscheinlich jetzt das herausnehmen, was ihm oder ihr passt. Und ich will euch noch die Angst nehmen, ich werde Ende des Jahres nicht allen Karl Marx auf das Pult legen. Ich habe geschlossen.

Vizepräsident: Danke, Michael. Jetzt ist es so, dass Janosch Weyermann persönlich angesprochen wurde. Er möchte eine persönliche Erklärung abgeben, und ich gebe ihm das Wort für eine kurze Erklärung.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Ich wurde nicht nur angesprochen, sondern ich wurde mit Trump verglichen. Das muss ich mir nicht bieten lassen, nicht von einem Finanzdirektor. Ich will noch einmal festhalten, dass die Stadt Bern sehr wohl einen Vertrag hatte, einen Baurechtsvertrag mit der Inselgruppe. Sie hat der Insel am 2. Mai 2,5 Mio. Franken überwiesen, kommt ihren Verpflichtungen bis heute nicht nach. Das Recht, das Gesetz des Kantons sieht ganz klar vor, dass die Gülterschätzungskommission den Preis festlegt. Den hat man zu zahlen und sonst, wenn man nicht einverstanden ist, hat man 30 Tage Zeit, Rekurs einzulegen, damit man nochmal eine solche Einschätzung machen kann von einem Kaufpreis einer Heimfallentschädigung und nichts anderes. Und zu sagen, ich sei irgendwie Trump und so – das muss ich mir nicht bieten lassen.

Vizepräsident: Danke, Janosch. Dann sind wir auch hier durch mit der Beratung und kommen zu den Abstimmungen. Für diejenigen, die es ausgedrückt vor sich haben: Wir sind auf der letzten Seite, Seite 20. Alle Anträge zur FPI sind dort auf einer Seite übersichtlich untereinander.

Wir fangen also an mit Antrag 87 AL/PdA, JUSO, JA!

Abstimmungen Direktion FPI

Antrag

87 AL/PdA, JUSO, JA

Budget, FPI

620_Immobilien_Stadt_Bern

Der Globalkredit ist um Fr. 40'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 020

2023.FPI.0096: Antrag 87	
Ablehnung	
Ja	19
Nein	41
Enthalten	4

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 88.

Antrag

88 RWSU

Planjahr, FPI

620_Immobilien_Stadt_Bern

Im AFP 2026 – 2028 und ff. ist ein Leistungsindikator zum Anteil energetischer Gebäudehüllensanierung bei Sanierungen aufzunehmen.

Abstimmung Nr. 021

2023.FPI.0096: Antrag 88	
Ablehnung	

Ja	28
Nein	33
Enthalten	3

Vizepräsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 89.

Antrag

89 AL/PdA, JUSO, JA

Planjahr, FPI

620_Immobilien_Stadt_Bern

Der Globalkredit ist jährlich um Fr. 40'000 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 022

2023.FPI.0096: Antrag 89	
Ablehnung	
Ja	20
Nein	42
Enthalten	2

Vizepräsident: Abgelehnt. Ich bitte um Ruhe, wenn wir am Abstimmen sind. Danke.
Wir kommen zu Antrag 90.

Antrag

90 JUSO, AL/PdA

Planjahr, FPI

620_Immobilien_Stadt_Bern

Die auf den 1.12.2023 vorgenommenen Mietzinserhöhungen für städtische Wohnungen sind bis Ende 2025 wieder rückgängig zu machen.

Abstimmung Nr. 023

2023.FPI.0096: Antrag 90	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	44
Enthalten	2

Vizepräsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 121 FDP/JF.

Antrag

121 FDP/JF

Budget, FPI

640_Personalamt

Auf die Schaffung einer Stelle für das Betriebliche Gesundheitsmanagement sei zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 70 000 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 024

2023.FPI.0096: Antrag 121	
---------------------------	--

Ablehnung	
Ja	15
Nein	46
Enthalten	3

Vizepräsident: Abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 91.

Antrag

91 JUSO

Planjahr, FPI

640_Personalamt

Der Leistungsindikator "Frauenanteil im Führungskader" ist umzubenennen in "FINTA-Anteil im Führungskader" und ist ab Planjahr 2026 auf 50% zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 025

2023.FPI.0096: Antrag 91

Annahme

Ja 35

Nein 28

Enthalten 0

Vizepräsident: Der Antrag ist angenommen. Wir kommen zum Antrag 122 FDP/JF.

Antrag

122 FDP/JF

Planjahr, FPI

640_Personalamt

Auf die Schaffung einer Stelle für das Betriebliche Gesundheitsmanagement in den Planjahren 2026 ff. und die jeweils dafür vorgesehenen Fr. 140 000 sei zu verzichten.

Abstimmung Nr. 026

2023.FPI.0096: Antrag 122

Ablehnung

Ja 15

Nein 48

Enthalten 1

Vizepräsident: Abgelehnt. Wir kommen zur letzten Abstimmung zur FPI, Antrag 123.

Antrag

123 FDP/JF

Budget, FPI

860_Fonds_für_Boden_und_Wohnbaupolitik

Das Budget 2025 für die Sonderrechnung "Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik" muss ausgeglichen sein.

Abstimmung Nr. 027

2023.FPI.0096: Antrag 123

Ablehnung

Ja	20
Nein	43
Enthalten	1

Vizepräsident: Abgelehnt. Wir kommen somit zur 5. und letzten Direktion, GuB/PRD. Hier ist es bekanntlich so, dass die GuB/PRD auf 3 Sachkommissionen aufgeteilt ist, das heisst, ich werde jetzt den einzelnen Sprechenden der jeweiligen Sachkommissionen das Wort geben. Und wir fangen an mit der Sachkommission PVS, Timur Akçasayar.

Direktion GuB/PRD

Timur Akçasayar für die PVS Wir haben in der Delegation und in der Kommission PVS das Budget und die Finanzplanung des Stadtplanungsamts und von Hochbau Stadt Bern (HSB) angeschaut. Beide Abteilungen haben vor allem Personal- und Sachaufwand und wenige Drittaufträge. Hochbau Stadt Bern ist mit komplexen Anforderungen an Bauten und Infrastruktur bezüglich Hindernisfreiheit, Energiestandard und vielem mehr konfrontiert. Auch der grosse Mehrbedarf an Infrastruktur, insbesondere der Schulraum und die Sportflächen, beschäftigen die HSB sehr stark und das führt auch zu einer starken Auslastung und zu vielen Aufträgen. Der zentrale Auftrag des Stadtplanungsamts ist die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts Bern 2016. Wachstum und Entwicklung der Stadt Bern werden gleichzeitig vorangetrieben: Wohnbevölkerung, Arbeitsplätze, Infrastruktur, öffentlicher Raum, Sozialraum, Umwelt und Stadtklima. Auch 5 von 12 Gebietsentwicklungen und viele Arealentwicklungen sind in Arbeit oder sind angestossen worden. An der Revision der baurechtlichen Grundordnung zur Förderung der Verdichtung und Siedlungsentwicklung nach innen wird sehr intensiv gearbeitet. Generell kann man auch sagen, dass die Komplexität in den Planungsprozessen im Zusammenspiel mit Bund, Kanton, Region und Dritten immer komplexer wird. Wie erwähnt: Beide Abteilungen arbeiten das ab, was andere bestellt haben. Die Personalplanung und das Globalbudget 2025 des Stadtplanungsamts und von HSB haben keine wesentlichen Veränderungen gegenüber diesem Jahr. Die PVS hat auch keine Anträge zum Budget und zum AFP gestellt und die PVS beantragt euch, das Budget und auch den Finanzplan mehrheitlich positiv zur Kenntnis zu nehmen beziehungsweise anzunehmen.

Vizepräsident: Merci vielmals Timur. Jetzt steht in meinem Drehbuch, dass eigentlich jemand von der SBK reden würde. Bei mir steht Sarah Rubin. Du sagst aber, es gebe kein SBK-Votum zu dieser Direktion. Dann wäre auf meiner Liste noch Yasmin Abdullahi für die RWSU. Dann erteile ich als nächstes das Wort für die RWSU, Yasmin Abdullahi.

Yasmin Amana Abdullahi für die RWSU Ich kann es ganz kurz machen. Die beiden Direktionen haben in der RWSU nicht so viel zu diskutieren gegeben. Es gab auch keine Anträge, und deshalb würde euch die RWSU das Budget für die beiden Direktionen zur Annahme empfehlen und euch auch empfehlen, den AFP positiv zur Kenntnis zu nehmen. Danke vielmals.

Vizepräsident: Danke vielmals, Yasmin. Dann wären wir in fast schon rekordverdächtigem Tempo bereits bei den Fraktionserklärungen. Ich erteile als erstes das Wort für die Fraktion AL/PdA, David Böhner. Er teilt das Fraktionsvotum mit Raffael Joggi.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Schön, dass so viele Leute hier auf der Tribüne sind. Wie gesagt, werde ich das Votum der AL-PdA mit Raffael teilen.

Ich starte gerade mit den Kulturgeldern. Die Fraktion AL/PdA stimmt allen Anträgen zur Erhöhung der Gelder für die Kulturförderung zu. Wir finden es richtig, dass Kultur Stadt Bern neu darauf achtet, dass die Löhne und die Sozialabgaben bei Kulturprojekten fair und branchengerecht gezahlt werden. Wenn die Folge davon aber ist, dass viel weniger Kulturschaffende und Projekte unterstützt werden, finden wir das problematisch und sind der Meinung, dass nachgebessert werden muss. Darum unterstützen wir die Anträge 105 und 108, die 620'000 Franken mehr fordern. Aber vor allem finden wir auch Antrag 75 mit 900'000 Franken mehr richtig und gerechtfertigt. Wenn die Anträge zur Aufstockung des Kulturbudgets nicht durchkommen – oder sowieso –, möchten wir euch ans Herz legen, wenigstens unseren Antrag Nummer 73 anzunehmen, mit dem die Mitglieder der Kulturkommission für ihre Arbeit wertgeschätzt werden sollen. Es ist nicht kongruent, wenn die Stadt Bern darauf besteht, dass den Kulturschaffenden branchenübliche Löhne ausbezahlt werden, dass aber diejenigen, die die Gesuche studieren und bearbeiten, selbst nicht branchenüblich bezahlt werden, zumal es mehrheitlich selbst prekär lebende Künstler*innen sind. Wir haben diese Woche die 3 Präsident*innen der Kulturkommission in der SBK zu Besuch gehabt. Sie haben uns bestätigt, dass der Aufwand in keinem Verhältnis zur Entschädigung steht, die sie bekommen. Wenn eine grössere Diversität in der Kulturkommission angestrebt wird, muss auch dort nachgebessert werden. Der Antrag ist eine Planungserklärung und zielt darauf ab, dass die Kommissionsverordnung angepasst werden soll mit dem Ziel, dass bis zu 8 Sitzungsgelder statt wie bisher 4 für Vorbereitungsarbeiten ausbezahlt werden können. Es geht um zusätzliche Kosten von 65'000 Franken, letztendlich also um wenig Geld für einen grossen Nutzen und eine grosse Leistung. Auch die Anträge 74 und 130, bei denen es darum geht, die Leistungsverträge dem Teuerungsausgleich anpassen, nehmen wir an. Mehr Geld für das Museumsquartier finden wir grundsätzlich auch okay. So weit zu den Kulturgeldern. Noch kurz zu unserem Antrag betreffend Seenotrettung. Wir beantragen, wie letztes Jahr auch, dass die Spende der Stadt Bern an die Seenotrettung gemacht wird. Dieses Mal freut uns, dass die JUSO und die JA! mitbeantragen – Antrag 68. Es muss leider damit gerechnet werden, dass die europäischen Staaten ihrer Verantwortung auf dem Mittelmeer auch im Jahr 2025 nicht nachkommen und wieder Tausende Menschen auf der Flucht kläglich ersaufen. Es sind private Seenotrettungsorganisationen, die verzweifelt und mit grossem Engagement Leben retten. Im grössten Massengrab Europas ist das zwar ein Tropfen auf den heissen Stein, aber jeder Mensch, der gerettet werden kann, ist den Einsatz wert. Darum hoffen wir sehr, dass sich der Stadtrat auch in diesem Jahr solidarisch zeigt und wieder einen Beitrag von 70'000 Franken an Sea-Eye spendet wie letztes Jahr. Mit diesem Geld kann die Seenotrettungsorganisation während 10 Tagen im Mittelmeer im Einsatz sein. Sie haben sich sehr gefreut über die Spende und wir hoffen sehr, dass damit angesichts der politischen Situation in Europa und den Diskussionen, vor allem auch in Deutschland, ein Gegengewicht gesetzt werden kann.

Vizepräsident: Danke, David. Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ich beginne mit der Erhöhung des Budgets für den Stadtrat, die von der GPK kommt. Die AL/PdA-Fraktion unterstützt dieses Anliegen – sowohl den Budgetantrag als auch die Planungserklärung. Wir sind sehr wohl der Auffassung, dass man die legislative Stärke insbesondere auch mit Kompetenzen ausrüsten sollte, dass man externe Gutachten machen lassen kann, dass man sich Expertenwissen holen kann. Es ist hier auch schon unser Anliegen, den Kapitalismus zu überwinden, verhöhnt worden. Man habe nicht die Mittel dazu, ein wissenschaftliches Kolloquium zu machen. Vielleicht könnte man zum Beispiel mit dem Geld – ich nehme an, die FIKO ist in der Begründung mitgemeint, auch wenn es nicht explizit so heisst – ein solches Kolloquium in der FIKO machen. Wir wissen es nicht. Wichtig ist aber, dass die Kommissionen gestärkt werden. Es fallen noch viel zu oft Dinge einfach mangels Zeit, Mitteln oder Sachkenntnis unter den Tisch. Wir finden das eine gute Idee und unterstützen die 2 Anträge ganz klar. Weiterhin haben wir zusammen mit Halua 3 Anträge gestellt. Und zwar geht es hier darum – sie sind alle eng verwandt – in der Dienststelle Personal, Finanzen und digitale Entwicklung den Schwerpunkt, der in den letzten Jahren ein bisschen verloren gegangen zu sein scheint, zu freier Software, Open-source-Software, in der Digitalstrategie auch mitzuberücksichtigen, die jetzt dann wieder kommt für 2030, damit dieser Akzent wieder mehr gesetzt wird. Das war in der Vergangenheit anders. Halua kann sich noch erinnern als altes Stadtratsmitglied. Das war vor meiner Zeit, leider, aber sein Wissen war hier sehr wichtig. Mit dieser Hinwendung der Verwaltung zu Cloud-Technologien stellt sich die Frage: Wo sind die Daten? Sind wir überhaupt noch souverän, wenn wir das alles irgendwo lagern lassen? Können wir unsere Rechenzentren wirklich so herunterfahren, ohne Gefahr zu laufen, uns in eine zu starke Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Konzernen zu begeben? Ist das überhaupt zu verantworten? Wir wünschen uns für eine Digitalisierungsstrategie, dass sie genau diese Risiken adressiert, und deshalb würden wir gerne eine neue, übergeordnete Zielsetzung für die Dienststelle vorschlagen im AFP, und zwar die "Förderung und Ausrichtung auf offene Standards bei Hard- und Software". Es geht hier nicht nur um Software, es gibt auch offene Hardware. Heutzutage wird die Hardware auch schon mit geschlossener Software ausgeliefert. Das sind alles schwierige Fragen. Und das Monopol drückt stark und das ist alles nicht einfach zu bewerkstelligen. Aber darum braucht es diese strategische Ausrichtung. Und wir sind auch der Überzeugung, dass es deshalb 120'000 Franken braucht, die man in das Budget und den AFP einstellen sollte, um genau diese Projekte anzuschauen, die es nämlich dort draussen gibt. Beispielsweise ist Microsoft 365 nicht alternativlos, wie es hier immer behauptet wird. Es gibt zum Beispiel die Initiative Open Desk, die von der deutschen Bundesregierung mit Millionen ausgestattet wird, um genau das zu machen, nämlich eine Alternative zu Microsoft 365 bereitzustellen. Es ist auch noch 2016 vom Gemeinderat in seinem Bericht festgestellt worden, dass MS Office als Abhängigkeit für die Verwaltung eine der grössten, zentralsten Herausforderungen und folgenschwersten Abhängigkeiten ist. Wir bitten euch also, diese Anträge anzunehmen. Ich glaube, es ist eine sinnvolle Investition, wenn hier viel Geld für die Digitalisierung gesprochen wird.

Jetzt muss ich zum Schluss kommen. Jetzt muss ich aufpassen, dass ich das Wichtigste noch sage. Ich fange mit der Tischvorlage an bzw. höre mit der Tischvorlage auf. Wir gehen davon aus, dass dem Gemeinderat entfallen ist, dass er hier vor einem halben Jahr gesagt hat, er wolle nicht mehr Briefkästen für die Abstimmungs- und Wahlkuverts aufstellen, sondern jetzt einfach die Kuverts wieder vorfrankieren. So weit ist es eigentlich klar, dass das ins Budget und in den AFP eingestellt werden sollte. Wir rechnen jetzt mal mit 150'000 Franken, die es kosten wird. Wir helfen dem Gemeinderat gerne

auf die Sprünge, und haben deshalb jetzt noch den kurzfristigen Antrag gestellt. Wir bitten euch, diesen anzunehmen. Danke vielmals.

Vizepräsident: Danke, Raffael. Dann kommt für die Fraktion GB/JA!-Fraktion, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich fange mit den aus der Sicht der GB/JA!-Fraktion wichtigsten Anträgen zur PRD an, nämlich bei den Anträgen im Kulturbereich. Mit der neuen Kulturbotschaft, das wurde vorher auch schon gesagt, – sie ist gültig ab diesem Jahr – wird bei Projektanträgen vorgeschrieben, dass man die branchenüblichen Löhne und Sozialabgaben angeben muss und diese auch mitrechnen muss. Damit wird die soziale Absicherung der Kulturschaffenden verbessert, was wir immer sehr unterstützt haben. Was wir als GB und JA! aber auch immer wieder gesagt haben, ist, dass, wenn man ein gleichbleibendes Budget für die freie Förderung hat, dann auch weniger Projekte unterstützt werden. Das hat vor allem für die nicht unterstützten Projekte Konsequenzen, unter anderem auch, dass der Kanton dann kein Geld spricht, weil eine Zusage des Kantons auf der Unterstützung der Stadt Bern basiert. Und weil wir natürlich – und ich hoffe, ihr alle natürlich auch – nicht wollen, dass einfach weniger Projekte unterstützt werden, brauchen wir dementsprechend auch mehr Geld. Das haben wir auch schon seit Jahren so gesagt. Und auch, wenn der Systemwechsel noch nicht vor langer Zeit vollzogen wurde und alles auch keine ganz exakte Wissenschaft ist, ist es ein offenes Geheimnis, dass mehr Geld benötigt wird, dass es knapp eine Million Franken braucht, damit man ähnlich viele Projekte unterstützen kann. Die GB/JA!-Fraktion bittet euch darum, den Antrag der SBK-Minderheit zur Erhöhung des Budgets um 900'000 Franken zu unterstützen, und selbstverständlich auch die dazugehörige Planungserklärung. Denn es reicht ja nicht, wenn das nur 2025 passiert. Das soll auch in den folgenden Jahren der Fall sein. Selbstverständlich werden wir als GB/JA!-Fraktion, sollte der Antrag der SBK-Minderheit nicht durchkommen, den Antrag mit dem tieferen Betrag unterstützen, die 620'000 Franken, auch wenn wir der Meinung sind, dass das eher ein bisschen ein Fantasiebetrag ist, und dass jetzt schon klar ist, dass das zu wenig Geld sein wird, um ähnlich viele Projekte unterstützen zu können. Zudem werden wir als Fraktion eine Planungserklärung der SBK annehmen, die den Teuerungsausgleich bei den Leistungsverträgen in den Kulturinstitutionen fordert. Bisher ist es so, dass ein Teuerungsausgleich in den Leistungsverträgen nicht vorgesehen ist. Das führt entweder dazu, dass es eine Reallohnkürzung bei den Angestellten und den Künstler*innen oder auch grundsätzlich einfach Kürzungen bei den Budgets der anderen Ausgaben gibt. Und das kann selbstverständlich nicht in unserem Sinn sein, wo wir doch jetzt davon gesprochen haben, dass es eine bessere Absicherung und bessere Arbeitsbedingungen für die Kulturschaffenden braucht.

Zudem unterstützt die GB/JA!-Fraktion auch die Planungserklärung der AL-PdA, wonach die Entschädigungen der Mitglieder der Kommissionskultur erhöht werden. Das ist vorher auch schon gesagt worden. Die Entschädigungen sind zwar dieses Jahr ein bisschen erhöht worden, trotzdem entsprechen sie weiterhin bei weitem nicht dem Aufwand, den die Mitglieder haben, um das Amt auszuführen. Deshalb wäre es vielleicht einfach auch eine Idee, dass man grundsätzlich eine Erhöhung der Entschädigungen bei all diesen Kommissionen ins Auge fassen würde, nicht nur bei der Kulturkommission. Aber jetzt liegt der Antrag für die Kulturkommission vor, und den würden wir gerne unterstützen.

Zu ein paar anderen Themen. Den Antrag AL/PdA, Juso, JA! zur finanziellen Unterstützung der Seenotrettung im Mittelmeer nehmen wir selbstverständlich auch an. Wie in der Antragsbegründung geschrieben ist, hat sich die Stadt Bern zum sicheren Hafen

erklärt. Das darf aus unserer Sicht ganz sicher nicht einfach Symbolpolitik bleiben. Dementsprechend ist der Betrag auch eine logische Konsequenz und ich hätte hier auch gerade noch einen kleinen Tipp an den Gemeinderat. Stellt doch einfach den Betrag beim nächsten Budget gerade ein ohne Zutun des Stadtrats. Wir können ihn selbstverständlich auch jedes Jahr wieder einreichen und wieder annehmen.

Dann noch zu etwas Unbestrittenem. Den Antrag und die Planungserklärung der GPK unterstützen wir als GB/JA!-Fraktion auch. Bis jetzt war kaum ein Budget vorhanden, um von den Kommissionen Aufträge an Externe zu geben. Das hat dazu geführt, dass zuerst Anträge gestellt werden mussten, um überhaupt einen Auftrag erteilen zu können. Dementsprechend hat das alles auch sehr in die Länge gezogen, war unsinnig träge. Mit diesen Anträgen haben die Kommissionen mehr Handlungsspielraum und auch bessere Instrumente, um ihre Verwaltungsaufsicht auszuüben.

Zu den Anträgen zu Open Source. Dort können wir durchaus die Anliegen nachvollziehen. Es ist auch so, dass wir uns immer dafür ausgesprochen haben, dass man nicht nur auf Microsoft setzt, sondern dort das Feld erweitert und diese Abhängigkeit nicht so gross macht. Trotzdem ist es so, dass wir uns gegen die Budgeterhöhungen für die digitale Entwicklung aussprechen. Die Planungserklärung für die neue Zielsetzung hingegen nehmen wir als GB/JA!-Fraktion an.

Dann komme ich fast am Schluss zum ewig gleichen Antrag betreffend Kürzung bei der Fachstelle für die Gleichstellung in Geschlechterfragen. Dieses Jahr ist er nicht von der SVP, sondern von der FDP. Der Antrag ist, das hat Ursina Anderegg schon im Eingangsvotum gestern gesagt, ist insbesondere sehr befremdlich, weil wir, also mehrere hier in diesem Rat, vor ein paar Wochen ein Podium zu LGBTIQ hatten, und dort auch 2 Vertreter der FDP die Fachstelle sehr gelobt und die Wichtigkeit hervorgehoben und tatsächlich auch gesagt haben, man sollte darüber nachdenken, die Fachstelle auszubauen. Im Antrag der FDP steht jetzt: Der Ausbau ist nicht nötig. Ich weiss jetzt nicht genau – aber man muss offenbar davon ausgehen, dass eure Aussagen an diesem Podium einfach nur heisse Luft waren oder dass ihr euch beim queeren Publikum ein bisschen einschmeicheln wolltet. Das nächste Mal könnt ihr vielleicht an so einem Podium ehrlich sein. Oder ihr könntet natürlich auch wählen, heute den eigenen Antrag abzulehnen. Das wäre auch eine Möglichkeit. Dann noch grundsätzlich zum Antrag: Es handelt sich hier nicht um neue Stellenprozente, sondern um die stichprobenweise Überprüfung der Lohngleichheit bei Auftragnehmer*innen und Leistungsvertragspartner*innen. Und es ist auch nicht eine neue Aufgabe, sondern es ist zuerst ein Pilotprojekt gewesen, das vom Bund finanziert wurde. Dann ist es vom Gemeinderat temporär bewilligt worden und jetzt geht es um die Weiterführung. Deshalb ist es auch als neue Aufgabe ausgewiesen, aber es ist nicht eine neue Aufgabe. Die Fachstelle macht das schon seit längerem. Und es stimmt auch nicht, dass die Überprüfung der Lohngleichheit im Beschaffungs- und Leistungsvertragswesen keine Aufgabe der Stadt ist, sondern des Bundes. Denn es ist so, dass die Überprüfung von den Auftraggeber*innen gemacht werden muss. Und wenn halt die Stadt die Auftraggeberin ist, dann ist es auch so, dass sie sicherstellen muss, dass nicht Aufträge vergeben werden, bei denen die Lohngleichheit nicht eingehalten wird. Ich bitte euch also, den Antrag der FDP abzulehnen. Und zum Schluss noch: Die Anträge der SP zum Wirtschaftsamt lehnt die GB/JA!-Fraktion ab. Die Aufgaben, die in der Antragsbegründung aufgelistet werden, sind gemäss Wirtschaftsamt bereits erfüllt. Die Förderung der Kreislaufwirtschaft ist gemäss Wirtschaftsamt ein Steckenpferd von ihnen. Wir sehen also nicht, wieso es eine Erhöhung des Budgets bräuchte. Zudem: Wenn man tatsächlich etwas für die Umwelt machen wollte, hättet ihr vielleicht besser unsere Anträge bei den anderen Direktionen angenommen – das vielleicht als Tipp für nächstes Jahr. Und es ist auch so,

dass immerhin die bereits angenommene übergeordnete Planungserklärung, dass man jetzt das Geld einstellt für die Erreichung der Klimaziele und für die Umsetzung der Energie- und Klimastrategie, ist sicher einmal schon ein wichtiges Puzzleteil, aber es braucht jetzt nicht noch mehr Geld im Wirtschaftsamt. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident: Danke, Lea. Dann kommt für die Fraktion FDP/JF, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Die FDP/JF-Fraktion hat in diesem Geschäftsteil folgende Grundsätze: Wir lehnen alle Anträge für Mehrausgaben ab, die sind nicht von der Verwaltung gefordert werden und dementsprechend auch nicht im Budget eingestellt sind. Die Verwaltung hat scheinbar auch keinen Bedarf für solche Sachen. Wenn wir den Ausbau von etwas ablehnen, ist das keine Kürzung. Das wird immer ein bisschen vermischt hier in diesem Rat. Es heisst, wir wollten kürzen. Nein, wir wollen nicht kürzen, aber wir wollen den Status Quo behalten, wie er im Budget ist, und wir wollen keinen Ausbau. Es ist keine Kürzung, wenn man einen weiteren Ausbau ablehnt. Die Verwaltung hat diesen nicht gefordert, sonst wäre es so im Budget. Als einzigen Antrag zum Ausbau begrüssen wir jenen der GPK, wonach man die externe Expertise erhöhen und überhaupt einkaufen kann. Dieser Prozess muss, wie die Vorrednerin gesagt hat, einfacher sein. Und die Geschäfte sind so umfangreich, dass es das eben zwischendrin braucht. Dann zu unserem Antrag 106, zum Beispiel, wegen der Beratung für das Ausfüllen eines Gesuchs: Das wurde gestern schon erwähnt. Wenn man eine Beratung braucht, um ein Gesuch auszufüllen, dann ist das Gesuch zu kompliziert und dann stimmt einfach der Prozess nicht. Es kann doch nicht sein, dass Kulturschaffende und Gesuchsteller Tage und Wochen verbringen müssen und dann noch Beratung holen müssen, um ein Gesuch auszufüllen, damit ein Beitrag an ihr Projekt geleistet wird. Dieser Prozess muss einfacher sein, selbsterklärend und anwendergeführt. Und das ist heute möglich. Es ist absolut sinnlos, am falschen Ort ausbauen. Der Prozess muss einfacher sein. Deshalb lehnen wir diese Beratungszusätze ab, und zwar nicht, weil wir gegen die Gesuchsteller sind, sondern weil es einfach nicht sein kann, dass so etwas dermassen kompliziert ist.

Dann zur Kultur im Allgemeinen: Wir unterstützen selbstverständlich die Kultur und schätzen auch die Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden. Einen weiteren Ausbau können wir bei der momentanen Finanzlage aber nicht befürworten. Ich möchte einfach schnell festhalten: Wir sparen damit nicht irgendetwas zu Tode. Wir wollen den Status Quo, aber wir wollen keinen Ausbau. Das heisst: Seit 2015 ist das Kulturbudget von 30 Mio. Franken auf 38 Mio. Franken erhöht worden. Also von totsparen kann hier keine Rede sein. Dann zur Gleichstellung: Ihr stellt uns hin, als wären wir gegen das Gleichstellungsbüro, gegen die Gleichstellung. Hier in diesem Antrag geht es darum, dass ihr eine Aufgabe, die das heutige Beschaffungsbüro macht, bei der Gleichstellung noch einmal aufbauen wollt. Die Lohngleichheit, den Anteil von Frauen und Männern in den Firmen, das müssen die Unternehmer und Unternehmerinnen, die an der öffentlichen Ausschreibung mitmachen, seit Jahren, seit Jahrzehnten, kann ich sagen, deklarieren. Das wird durch das Beschaffungsbüro bereits erledigt. Wir schrauben also nicht an der Gleichstellung. Seit ich noch in der Beschaffungskommission war, das ist jetzt fast 20 Jahre her, füllen die Unternehmer und die Anbietenden diese Deklaration aus. Und das wird auch kontrolliert. Das Beschaffungsbüro hat das im Griff. Und deshalb bitte ich euch, diesen Antrag anzunehmen. Zu der Tischvorlage: Ja, wer A sagt, muss B sagen. Aber wir lehnen den Ausbau trotzdem ab, der muss einfach an einem anderen Ort kompensiert werden. Dann noch zur Open-Source-Strategie: Das lehnen wir auch ab,

obschon wir nicht gegen Open Source sind, im Gegenteil. Aber wir sind dafür, dass man hybride Lösungen macht. Man kann nicht sagen, entweder das eine oder das andere. Und es gibt schon heute hybride Lösungen, auch wenn man das nicht eingestehen will. Es wird schon heute Open Source eingesetzt. Viel mehr haben wir hierzu nicht zu sagen.

Und die Seenotrettung: Es ist ein Copy-Paste-Antrag, etwas, das ihr uns zwischendurch auch vorwerft. Und das ist auch ein Copy-Paste-Antrag und den haben wir letztes Jahr schon abgelehnt und lehnen ihn auch dieses Jahr wieder ab, denn das Ziel ist nämlich, nächstes Jahr zu sagen, das sei Tradition und müsse jetzt in das normale Budget aufgenommen werden, wie wir gerade vorhin gehört haben. Also, ich fasse noch schnell einmal zusammen. Was wir ablehnen, sind Anträge zum Ausbau. Es wurde nicht von der Verwaltung gefordert und ist darum scheinbar auch nicht nötig. Wir machen keinen Abbau. Wir befürworten keinen Ausbau. In diesem Sinn wird die FDP/JF-Fraktion abstimmen. Merci.

Vizepräsident: Danke, Ursula. Dann haben wir ein nächstes geteiltes Fraktionsvotum der SP-JUSO-Fraktion. Den Anfang macht Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Die Kulturförderung soll dazu beitragen, dass die Kultur in der Stadt Bern nachhaltig und divers entsteht und das daraus entstandene Angebot auf breiter Ebene in die Gesellschaft einfließen kann. Der Zugang zur Kultur sollte für alle niederschwellig möglich sein. Wenn Kulturschaffende bei gleichgebliebenem Budget höhere Löhne erhalten, sinkt dadurch die Zahl der Personen, die von der Förderung profitieren können. Das ist ein Fakt. Die Förderung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden kostet. Künftig werden nur noch Projekte gefördert, die branchenübliche Honorare und Sozialversicherungsbeiträge budgetieren. Und das ist auch richtig so. Kunstschaffen unterliegt den gleichen Anforderungen wie andere Erwerbsarbeit. Wir führen heute die Diskussion, ob eine Erhöhung der direkten Kulturförderung gebraucht wird, um dem Schwerpunkt der Kulturbotschaft in den kommenden Jahren Nachdruck zu verleihen. Wir von der SP/Juso-Fraktion sind klar der Meinung: Ja. In Bern verdienen geschätzt 5'000 professionelle Kunst- und Kulturschaffende in und rund um 50 Kulturbetriebe/n ihren Lebensunterhalt. Allerdings leben trotz öffentlicher Kulturförderung viele dieser Kulturschaffenden in sozial prekären Verhältnissen. Kunst und Kultur sind essenziell für eine freie demokratische Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt. Aus unserer Sicht ist klar: Kulturschaffende brauchen faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit, damit sie nicht in soziale oder finanzielle Schwierigkeiten kommen. Gleichzeitig wollen wir nicht, dass die kulturelle Vielfalt eingeschränkt wird, weil zukünftig weniger Projekte gefördert werden können. Wenn der Topf bei höheren Anforderungen einfach gleichbleibt, können weniger Projekte gefördert werden. Das ist klar, und deshalb haben wir den Antrag und die entsprechende Planungserklärung eingereicht. Wir fordern Aufstockung der Förderung um 620'000 Franken für den Anteil an Honorar- und Sozialleistungen, so dass wieder mehr Projekte gefördert werden können. Das entspricht einer Erhöhung des Kulturbudgets um 20% und erlaubt uns, im neuen System Erfahrungen zu sammeln und, wenn es dann wieder nötig ist, nachzubessern. Wir werden deshalb unseren Antrag dem SBK-Minderheitsantrag vorziehen. Ich komme jetzt zum Antrag betreffenden Entschädigungen für die Kommissionsmitglieder. Natürlich schätzen wir die wichtige Arbeit aller Kulturschaffenden, die ihr Wissen in die intensive Kommissionsarbeit einbringen. Die Mitglieder der Kulturkommission müssen viel Vorbereitungsarbeit leisten, weil sie unzählige Gesuche lesen müssen. Die Vorbereitung nimmt viel Zeit in Anspruch, viel mehr als die Sitzungen selbst und ja, die

Arbeit muss fair entlohnt werden. Trotzdem lehnen wir diesen Antrag ab. Die Kommissionsverordnung wurde kürzlich revidiert. Die Ansätze sind von 50 auf 70 Franken erhöht worden. Und noch wichtiger: Neu ist vorgesehen, dass die Vorbereitungszeit entschädigt wird, und gerade hier können die Mitglieder der Kulturkommission ihre intensive Vorbereitung für die Sitzungen geltend machen. Alle Kommissionen werden gleichbehandelt. Wenn eine Kulturkommission jetzt aus dem neuen System wieder herausgenommen würde, würden die Kämpfe erneut losgehen. Das Ziel der Revision der Kommissionsverordnung war eine bessere Entschädigung für alle Gremien und dass alle gleichbehandelt werden. Darum wollen wir daran festhalten. Uns ist aber versprochen worden, dass Kultur Stadt Bern die Kulturkommission zusätzlich unterstützt, um sie angesichts der vielen Gesuche zu entlasten. Wir erwarten auch, dass eine Entlastung stattfindet. Es hat eine Professionalisierung in der Kultur stattgefunden, nicht zuletzt eben durch die Einführung der Richtigehonorare und Sozialbeiträge, was einer Prekarisierung im Kulturbereich entgegenwirkt. Das heisst aber auch, dass die Anforderungen an Gesuche immer höher werden. Das heisst, Kulturschaffende werden bei einer Gesuchseingabe beraten, damit sie auch niederschwellig an die Kulturförderung herankommen. In diesem Zusammenhang lehnen wir natürlich auch Antrag 109 der FDP/JF-Fraktion entschieden ab, der ebendiese Unterstützung wieder rückgängig machen will. Die Arbeitslast in den Kommissionen ist hoch und es braucht eine Entlastung der Kommissionsmitglieder, damit sie diese bewältigen können. Zur Planungserklärung, dass der Gemeinderat in allen Leistungsverträgen zum baldmöglichsten Zeitpunkt einen Teuerungsausgleich gewähren soll: Wir befürworten den Teuerungsausgleich. Wenn dieser nicht gewährt wird, führt eine Teuerung zu einer Reallohnkürzung. In der Planungserklärung geht es um einige Hundert professionelle und hochqualifizierte Arbeitsplätze. Diese Arbeit verdient Respekt. Für uns ist deshalb der Artikel, dass während der Vertragsdauer kein Teuerungsausgleich gewährt werden kann, ein Affront, und wir werden die Planungserklärung annehmen. Wir wollen aber auch, dass die Passage auch in anderen Leistungsverträgen mit anderen Vertragspartnern drin ist. Und darum haben wir einen entsprechenden Antrag und die entsprechende Planungserklärung eingereicht. Dann abschliessend noch zu den Anträgen 103 und 104 FDP/JF, die auf den Ausbau der Stelle zur Überprüfung der Lohngleichheit verzichten will. Diesen lehnen wir selbstverständlich ab. Frauen verdienen in der Schweiz 18% weniger als Männer, obwohl der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" seit 1981 in der Bundesverfassung ist. Offensichtlich schafft es der Bund nicht, diesen Grundsatz umzusetzen, und deshalb müssen wir auch als Stadt ein besonderes Auge darauf haben. Den Antrag zur Seenotrettung nehmen wir ebenfalls an. Seit Jahren ist das Mittelmeer ein Massengrab. Die Zahl der Todesopfer steigt, die Festung Europa rüstet ebenfalls immer mehr auf. Die zivile Seenotrettung kann Menschenleben retten und mit 70'000 Franken kann die Stadt Bern 10 Rettungseinsätze finanzieren und sich damit solidarisch zeigen. Es ist symbolisch. Das wissen wir, aber es ist ein wichtiger Beitrag gegen das Sterben im Mittelmeer. Zusammenfassend zu PRD: Der Zugang zur Kultur sollte für alle niederschwellig sein. Bei der Kulturförderung geht es darum, Menschen dazu zu befähigen, eine Kultur zu schaffen, und diese Kultur können wir als Konsument*innen schlussendlich geniessen. Helft uns, diese Arbeit wert zu schätzen.

Vizepräsident: Danke, Barbara. Szabolcs kommt angesichts der wenigen zur Verfügung stehenden Zeit nachher als Einzelredner. Wir kommen zu einem weiteren versuchten geteilten Fraktionsvotums der Fraktion GFL. Als erstes erteile ich Francesca Chukwunere das Wort.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Dann probieren wir es kurz und knapp zu machen. Ich äussere mich nicht zu allen Anträgen, sondern nur zu denen, zu denen wir eine dezidiert andere Meinung haben als andere. Der Bereich Kultur ist der einzige neben der Umwelt, bei dem die GFL bereit ist, nennenswerte Konzessionen an das vorliegende Budget zu machen. Dem Antrag der SBK Folge zu leisten, und das für die Projektförderung zur Verfügung stehenden Geld um 900'000 Franken oder wenigstens dem SP-JUSO-Antrag folgend um 620'000 Franken aufzustocken, stellt eine Korrektur eines früher einmal erfolgten Stadtratsentscheids dar. Tatsächlich hat man in bester Absicht für die betroffenen Kulturschaffenden bestimmt, dass die Kosten von Kulturprojekten auf branchenüblichen Salären und Mindestlöhnen basieren sollen und entsprechende Nebenkosten enthalten müssen. Man hat offensichtlich nicht bedacht, um wie viel sich die einzelnen Projekte verteuern werden und dass deshalb viel weniger Projekte gefördert werden können. Das hat man mit diesem Entscheid entweder billigend in Kauf genommen oder der Stadtrat hat diese Konsequenz dazumal nicht bedacht. Hinzu kommt, dass nur, wer städtisch gefördert wird, auch ein Anrecht auf kantonale Förderung hat. Gleichzeitig hat sich, und das ist sehr erfreulich, die Anzahl Projekteingaben stark erhöht. Die Schere zwischen der Anzahl Projekte, die gefördert werden können, und der Anzahl Eingaben geht also auch aus dem Grund noch einmal auf. Als Kulturpartei kann uns der damit einhergehende Verlust an Diversität und Vielfalt nicht gleich sein. Tatsächlich werden vermutlich weder 620'000 noch 900'000 Franken genug sein, um das Loch zu stopfen. Wir werden den höheren Antrag, und, wenn er nicht durchkommt, selbstverständlich auch denjenigen der SP annehmen. Den Beitrag für die Stelle zur Beratung bei den Projekteingaben werden wir ablehnen. Ein Eingabeprozedere, das Beratung erfordert, scheint uns widersinnig. Es kann auch nicht sein, dass das so kompliziert ist. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Beiträge an die entscheidfindende Kommission. Da schliesse ich mich meiner Vorrednerin Barbara Keller an.

Tatsächlich muss wohl heute jeder, der in der Kultur tätig ist, einen Fundraiser beschäftigen, der sich im Gewirr dieser Vorgaben genügend auskennt und entsprechende Anträge zu schreiben weiss. In diesem Bereich spiegelt sich damit eine Tendenz eines normativen Überschusses wider, mit dem wir in dieser Stadt mit der Zeit jedes spontane und lebendige Ansinnen von vornherein abwürgen. Weitere Anträge betreffen die Entwicklung des Museumsquartiers. Laut unseren Informationen braucht es nur eine Anschubfinanzierung für die Neuausrichtung. Wir werden darum lediglich diesen 75'000 Franken für das Budget zustimmen, nicht aber denen für das Planjahr.

Ja, nachdem der SP-dominierte Stadtrat gestern wieder munter das Budget des eigenen Finanzministers überzogen hat und quasi im Giesskannenprinzip fast alle Anträge zur BSS durchgewinkt hat, stehen wir jetzt vor der Entscheidung entweder nur den SP-Antrag von 620'000 Franken anzunehmen und damit den Kulturbereich dafür abzustrafen, dass an anderen Orten ein Ausbau an staatlichen Leistungen stattfindet, oder aber den höheren Beitrag zu bewilligen, der auch nicht reichen wird. In jedem Familienhaushalt gilt es abzuwägen, ob mit dem vorhandenen Geld entweder ein neues Klavier gekauft wird, in die Ferien gegangen wird oder ein neues Lastenvelo gekauft werden soll. Es gibt übrigens in der Stadt Bern ein paar Familien, für die diese Fragestellung ein Luxusproblem darstellt, weil es weder für das eine noch für das andere reicht. Wir haben uns als GFL für das Klavier entschieden, im Leasing-Prinzip wohlgermerkt, weil das Geld eigentlich auch dafür nicht reicht. Damit ist gemeint: Insgesamt – damit richte ich mich an die **"Luxemburgerli-Parteien"** – insgesamt jammern wir hier immer noch auf sehr hohem Niveau. Das solltet ihr nicht vergessen. Danke vielmals.

Vizepräsident: Merci vielmals, Francesca. Dann kommt für den zweiten Teil, Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Vorfrage: Wie viel bleibt noch von dieser Hälfte?

Vizepräsident: Drei Minuten.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Das ist noch fürstlich. Ich werde weniger haben. Francesca hat das Wichtigste schon gesagt. Ich komme noch zum Kleingemüse sozusagen. Zuerst zur Tischvorlage: Es wurde mir gesagt, dass es für das Budget schon ein bisschen zu spät sei. Aber grundsätzlich ist es richtig, was geschrieben ist. Und dass man diese Beträge aus demokratiepolitisch wichtigen Gründen im Planjahr einstellt – es wurde ja auch schon diskutiert, – würde man annehmen.

Und das Zweite ist der Antrag AL-PdA und Halua für Open Source. Ich habe mich auch ein bisschen damit befassen müssen oder dürfen im Rahmen der Tätigkeit in der GPK. Die Fachstelle und Aufsichtsstelle, die es eigentlich auch ist, für Datenschutz, die FADS, hat immer wieder Bedenken geäußert zu Microsoft 365 und anderen Cloud-Lösungen. Man weiss halt nie genau: Sind jetzt die Bedenken ausgeräumt oder wird man letztendlich gezwungen, den Rückzug anzutreten, weil die Dominanz der Verwaltung und des Gemeinderats übermächtig ist? Da weiss die Kommission mehr. Aber es hat einen Grund, weshalb man den Antrag stellt und das ist sinnvoll. Und er hat aus meiner Sicht wiederum einen Zusammenhang mit dem dritten Antrag der GPK. Insbesondere für die Begleitung von IT-Projekten fehlen schlicht die Ressourcen. Auch im Ratssekretariat ist keine Expertise oder jedenfalls ungenügend – ich sage es einmal vorsichtig – Expertise. In der Kommission selbst haben wir, seit Matthias Stürmer nicht mehr da ist, eigentlich niemanden. Halua ist noch da, aber er kann ja auch nicht in allen Kommissionen sein. Wir haben zu wenige Leute, die das können, und das kann man auch nicht milizmässig machen. Eine Expertise, eine fachliche Expertise muss die Kommissionen begleiten können, die mit solchen Geschäften befasst sind. Das ist sehr sinnvoll. Ich bin froh, dass die GPK mal anfängt, es wäre schön, wenn andere Kommissionen folgen würden. Vielleicht kann man eine kleine Kompetenzstelle aufbauen für alle Kommissionen, die damit befasst sind. Dann muss man sowieso mal diskutieren, wie man die IT-Projekte eigentlich regeln will. Aber das ist eine wichtige Kommission auch wegen der Checks and Balances, die ja die Kommissionen gegenüber der Verwaltung auch ein bisschen wahrnehmen müssen, damit diese gewahrt werden. Also die 3 Anträge Tischvorlage, Planjahr, Open Source, die Potenzialanalyse – insbesondere sinnvoll aus datenschutzrechtlichen Gründen – und der GPK-Antrag sind einmal ein guter Anfang. Merci.

Vizepräsident: Wunderbar in der Zeit. Merci vielmals, Michael. Jetzt wären die Einzelvoten dran beziehungsweise eben noch der zweite Teil der SP-JUSO, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Nur kurz, auf der einen Seite zu den Anträgen bezüglich der GPK. Die Geschäftsprüfungskommission hat den Auftrag, die Verwaltung, aber auch den Gemeinderat in der Amtsführung zu beaufsichtigen. Diese Aufgaben sind zweifellos komplexer geworden in den letzten Jahren. Und gerade als Laienparlament sind die Kapazitäten der Mitglieder begrenzt. Auch die Neuaufstellung der Ombudsstelle und des Datenschutzes benötigen unter Umständen zusätzlichen finanziellen

Spielraum. Die vorliegenden Anträge tragen dem Rechnung. Gut möglich, und hoffentlich brauchen wir das Geld in der GPK nicht und schöpfen es auch nicht aus. Aber die GPK kann ihren Job einiges unabhängiger und schneller verfolgen, wenn sie nicht die Unwägbarkeiten eines Nachkredits, gerade bei Untersuchungen, über sich ergehen lassen muss. Ausserdem hat der Gemeinderat selbst Anlass genug gegeben in den vergangenen Jahren und Legislaturen, damit man die Abläufe in der Verwaltung, gerade zwischen den Direktionen zwischendurch auch hinterfragen kann. Scheinbar wird Open Source wieder Mode, dann ist das umso mehr ein Grund dafür, dass die GPK mehr Möglichkeiten hat. In dem Sinn empfiehlt die SP-Juso-Fraktion die Anträge 66 und 67 zur Annahme. Den Budgetantrag der AL-PdA zur Vorfrankierung der Abstimmungskurven lehnen wir zwar ab; weil es zu spät ist. Aber die Planungserklärung werden wir annehmen und wenn nötig, falls das Geschäft 2026 nicht im Budget wäre, werden wir den Antrag auf die 150'000 Franken auch selbst stellen. Merci.

Vizepräsident: Merci vielmals, Szabolcs. Dann hätte als nächstes das Wort als Einzelsprecher, David Böhner.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Ich habe 2 kurze Repliken auf Sachen, die hier gesagt wurden. Zuerst an Ursula Stöckli wegen der Seenotrettung und der Befürchtung, dass wir das jedes Jahr einstellen werden. Wir haben tatsächlich diskutiert, ob wir eine Planungserklärung machen wollen, damit es auch im nächsten Jahr automatisch wieder kommt. Es wurde ja von GB erwähnt. Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, und zwar aus diesem Grund: Wir akzeptieren nicht, dass das Massengrab Mittelmeer einfach so da ist. Wir haben die Hoffnung, dass sich etwas ändern wird, auch wenn im Moment alles sehr düster aussieht in dieser Hinsicht. Wir wollen, dass das jedes Jahr wieder neu diskutiert wird, dass es nicht einfach eine stillschweigende Akzeptanz gibt, und die Stadt Bern zahlt dann halt 70'000 Franken und gut ist, sondern es geht darum, dass wir uns bewusst sind, dass es ein Problem ist und dass sich das ändern muss, und wir nicht hinnehmen, dass es einfach jedes Jahr so wieder kommt. Das ist das eine. Und die andere Replik geht an Barbara Keller wegen der Kulturkommission. Es ist ja eben genau das, dass wir finden, es müsse mehr Geld geben für die Kulturkommission. Uns ist bewusst, dass das nicht einfach so gemacht werden kann. Deshalb haben wir den ersten Antrag, den wir so gestellt haben, auch wieder zurückgezogen. Der Antrag lautet explizit, dass die Kommissionsverordnung angepasst werden soll. Uns ist bewusst, dass die gerade erst angepasst wurde, aber es wäre ja kein grosser Schritt zu ermöglichen, dass bis zu 8 Sitzungsgelder für Vorbereitungsarbeiten ausgegeben werden könnten, nicht nur 4. Das würde dann noch für andere Kommissionen gelten. Ich gehe mal davon aus, dass andere Kommissionen das nicht unbedingt brauchen. Wenn es so drinsteht in der Kommissionsverordnung, heisst das ja nicht, dass es zwingend gebraucht werden muss, sondern dass es gebraucht werden kann. Und deshalb wären wir sehr froh, wenn ihr das annehmen würdet. Das ist auch eine Planungserklärung nicht ein Budgetantrag. Wir hätten ein Jahr Zeit, um die Kommissionsverordnung anzupassen. Ich denke, die Kulturkommission wird es euch danken, wenn ihr das annehmt.

Vizepräsident: Merci, David. Dann kommt als nächstes Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL), Einzelvotum: Wer sagt, "wer A sagt, muss auch B sagen", muss auch C sagen. Für jene, denen das jetzt zu schnell war: Ohne Aussagenlogik dahinter soll das heissen: Wenn man eine Planungserklärung macht für etwas, was man eigentlich schon verabschiedet hat, das jetzt nicht ins Budget eingestellt wurde – es geht um

die Abstimmungskuventvorfrankierung –, fragen wir uns einfach ein bisschen: Wieso kann man das jetzt nicht ins Budget einstellen? Wieso soll das jetzt so lange gehen? Geht es zu lange? Ist es nicht möglich, das jetzt im Budget umzusetzen, ist das Geld nicht verloren, dann muss man es ja auch nicht ausgeben. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat genügend seriös arbeitet, damit es nicht anderweitig verbraucht wird. Wir wundern uns aber ein bisschen über jene Fraktion, die jetzt sagt, die Planungserklärung sei genug und man werde es nächstes Jahr dann sicher in das Budget aufnehmen. Es ist gleichzeitig auch – es tut mir leid – die Fraktion, die das bei Casablanca gemacht hat und jetzt das Gegenteil bewiesen hat. Jetzt ist sie nicht mehr dafür, dass man Casablanca unterstützt. Wir wären also sehr dafür, dass ihr den Budgetantrag für die vorfrankierten Kuverts annehmt. Es war ein Stadtratsbeschluss, es hätte eigentlich von uns aus gesehen im Budget eingestellt werden müssen. Wenn das so eine lange Zeit braucht – das mag ja sein –, aber mit einer Planungserklärung, von der wir heute auch schon gehört haben, wie zahnlos sie ist, heisst das eigentlich nichts anderes, als dass ihr mit dieser möglichen Verzögerungstaktik eigentlich einverstanden seid. So viel dazu.

Und eben auch: Wer A sagt, muss auch B sagen, sagt schlauerweise auch C. Es ist mitnichten so, dass das hybride Ansätze sind. Das ist ja genau das Neue an Cloud-Lösungen. Microsoft Windows und Office 365 sind abgeschlossene Systeme. Es ist schon so, dass wir in unseren Rechenzentren in der Verwaltung sicher auch Open Source-Software haben, überhaupt ist in der produktiven Infrastruktur das meiste Zeug Open Source. Das ist eben auch das Zeug, das 20 Jahre läuft, und wofür man nicht alle 5 Jahre wieder einen neuen Wartungsvertrag anschaffen muss. Nichtsdestotrotz bewegen wir uns eben jetzt mit dieser Lösung direkt in ein Umfeld hinein, wo das Zeug bei uns gar nicht mehr materiell vorliegt. Deshalb können wir hier nicht sagen, das sei ein hybrider Ansatz, wir seien für einen Hybridansatz und gleichzeitig wollen wir Open Source. Mir ist wichtig, dass wir überhaupt zu einem Hybridansatz kommen, wenn überhaupt. Und für mich ist nicht ersichtlich, warum die FDP hier für Open Source ist, aber jetzt nicht einmal zumindest das strategische Ziel unterstützen kann. Dafür müsste sie noch nicht mal mehr Steuern zahlen. Es kostet euch nichts, ihr könnt es einfach hineinschreiben. Das wäre wirklich nicht zu viel verlangt.

Vizepräsident: Danke, Raffael. Nik Eugster kommt als nächstes.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Lea, ich muss dich schnell ansprechen. Und auch für das Protokoll ist es mir sehr wichtig. Es geht um das Podium von Network. Du hast das vorhin angesprochen und den Vorwurf gemacht, wir hätten etwas gesagt, was wir jetzt nicht einhielten. Es geht um die Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen. Du hast unterstellt, es sei gelogen worden. Bevor man das Abstimmungsergebnis überhaupt kennt, finde ich das ein bisschen schwierig. Ich weiss nicht, was du an diesem Podium von mir gehört hast, aber ich weiss, was ich gesagt habe. Ich habe die Arbeit der Fachstelle für Gleichstellung in Geschlechterfragen als wichtig betitelt und gewürdigt. Es braucht eine Aufstockung, das wäre eine gute Sache. Die Frage ist aber: Kann man sich die leisten? Und die Frage haben wir auch in der Fraktion besprochen. Ich verstehe meine Fraktion sehr gut. Ich bin gespannt, wie hoch schlussendlich dann der Betrag sein wird, den Michael Aebersold uns bald vorrechnen wird, um wie viel wir in den letzten paar Stunden das Budget erhöht haben. Und daher versucht meine Fraktion halt, dort einfach das Schlimmste zu vermeiden, und hat bei verschiedensten Ausbauprojekten Anträge gestellt. Also bitte nicht unterstellen, dass dazumal etwas anderes

gesagt wurde. Das stimmt schlichtweg nicht. Und lieber die Abstimmung abwarten, bevor das Urteil gefällt wird. Es ist demokratiepolitisch wichtig, dass man auch innerhalb einer Fraktion verschiedene Meinungen haben kann, und es würde sicher ein paar Fraktionen hier im Stadtrat guttun, wenn es das mehr geben würde.

Vizepräsident: Danke, Nik. Dann Barbara Nyffeler.

Barbara Nyffeler (SP), Einzelvotum: Ich spreche zu den Anträgen 107 und 110 betreffend den Beitrag der Stadt Bern an den Verein Museumsquartier. Am Verein sind 11 Kulturinstitutionen im Kirchenfeld beteiligt. Er hat zum Zweck: inhaltliche Zusammenarbeit, Marketing, gemeinsamen Auftritt, neue Angebote für Besuchende. Es geht nicht um grosse Bauprojekte. Das ist Sache der einzelnen Institutionen. Am Anfang dieses Vereins, im April 2019, hat die Stadt Bern eine Medienmitteilung publiziert. Der Verein Museumsquartier sei ein Glücksfall für Bern, ein Leuchtturmprojekt. Leuchtturmprojekte haben Binnenstaaten wahnsinnig gerne. Und das sei auch eine einmalige Chance für den Kultur- und Tourismusstandort Bern. In den letzten 4 Jahren haben sich die Stadt, der Kanton und die Burgergemeinde an der Finanzierung beteiligt. Geplant ist für die nächsten 4 Jahre – da muss ich jetzt Francesca Chukwunyere widersprechen – eine vierjährige Konsolidierungsarbeit und ein Go-Live der einzelnen Angebote. Eigentlich hat man verhandelt, mal informell, dass die Stadt 75'000 Franken zahlt, der Kanton 75'000 Franken und die Burgergemeinde 150'000 Franken. Die Stadt hat jetzt keine Mittel mehr eingestellt für den Verein Museumsquartier, sprich, will sich daraus zurückziehen. Ich habe bei den beiden anderen Partnern natürlich nachgefragt, was das für sie bedeutet. Der Kanton hat gesagt: Wenn die Stadt nicht mehr mitmacht, dann überprüfen wir es. Wir würden allerdings wohl auch den Beitrag der Bürger als Standortbeitrag akzeptieren. Bei den Burgern habe ich auch nachgefragt. Sie haben gesagt, sie hätten bis jetzt noch nichts unterschrieben. Wenn die Stadt sich daraus zurückziehe, dann müssten sie die ganze Sache noch einmal überprüfen, bevor sie entscheiden würden. Kurz: Die Stadt hat dieses Engagement gross angekündigt, will sich jetzt aber daraus zurückziehen. Mich dünkt es, der Verein habe Potenzial. Das Projekt, wenn es so wichtig sein soll, dann soll man sich weiter engagieren und mit 75'000 Franken bekommt man 225'000 Franken von anderen Partnern zurück. Es ist fast ein bisschen die alte Redensart: Mit der Wurst bekommt man eine Hamme zurück. Ich bitte euch, die beiden Anträge zu unterstützen.

Vizepräsident: Danke, Barbara. Dann noch Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO), Einzelvotum: Ich werde jetzt noch Stellung nehmen zu einzelnen Anträgen der JUSO. Wir bitten euch, den Antrag 68 anzunehmen. Jetzt, in dem Moment, in dem wir hier sind und über das Budget debattieren, sterben Menschen im Mittelmeer, und Europa und die Schweiz schauen tatenlos zu. Leider können wir hier auf dieser Ebene nicht dafür sorgen, dass die Schweiz endlich ihre Verantwortung wahrnimmt und die Unmenschlichkeit stoppt. Wir können uns aber jetzt als Stadt solidarisch zeigen und zum zweiten Mal die 70'000 Franken für Sea-Eye sprechen.

Bei den Anträgen zu spartenübergreifenden Projekten und Programmförderung in der Kultur werden wir, anders als die SP, die Aufstockung um 900'000 Franken unterstützen. Für uns ist klar, dass im Kulturbereich auf verschiedensten Ebenen Handlungsbedarf besteht. Natürlich sind faire Entlohnung und eine gute soziale Absicherung insbesondere im Kulturbereich dringend nötig. Aber die Verbesserung der Arbeitsbedingungen darf nicht weniger Kulturförderung bedeuten. Es ist paradox, kulturelle Vielfalt und

mehr Diversität in der Kulturförderung als Ziel in die Kulturbotschaft zu schreiben, aber gleichzeitig in Kauf zu nehmen, dass mit dem bereits gesprochenen Geld weniger kulturelle Projekte gefördert werden können. Wir als Stadtrat haben es nicht genügend bedacht, können aber diesen Fehler bis zu einem gewissen Grad rückgängig machen und dafür sorgen, dass wir ein vielfältiges und fair entlohntes kulturelles Schaffen in der Stadt Bern haben. Dafür reichen 620'000 Franken nicht. Auch die 900'000 Franken reichen nicht, aber sie sind zumindest eine angemessene Annäherung an das, was es braucht. Falls der Antrag der SP obsiegt, werden wir diesen natürlich auch annehmen. Auch wenn dadurch die kulturellen Angebote verkleinert werden, ist es doch eine Verbesserung des Status' Quo.

Vizepräsident: Merci, Sofia. Gibt es noch weitere Einzelsprechende? – Wenn das nicht der Fall ist, habe ich einen Ordnungsantrag von Lea Bill.

Lea Bill: Ich möchte gerne noch den Ordnungsantrag stellen, dass wir die Debatte heute vor dem Mittag noch abschliessen, damit wir nachher nicht noch alle am 13.30 Uhr nochmal zurückkommen müssen, das heisst, jetzt abstimmen über GuB/PRD und nachher auch die Abschlussabstimmung noch machen.

Vizepräsident: Vielen Dank. Wir stimmen so über den Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag

Lea Bill

Debatte heute vor dem Mittag abschliessen, damit der Stadtrat nicht um 13.30 Uhr nochmal tagen muss, das heisst, jetzt über GuB/PRD abstimmen und anschliessend die Abschlussabstimmung machen

Abstimmung Nr. 028

2023.FPI.0096: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	49
Nein	9
Enthalten	1

Vizepräsident: Ihr habt den Ordnungsantrag angenommen. Somit erteile ich das Wort dem Stadtpräsidenten Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Herzlichen Dank für die intensive Debatte hier im Saal. Aber herzlichen Dank auch für die intensive Debatte im Vorfeld. Sie war sehr belebt und auch sehr belebend. Es gibt auch einen Grund, warum wir eine solch intensive Debatte hatten. Die SBK-Sitzung, die das Ganze vorbesprochen hat, hat am ersten Tag nach den Ferien stattgefunden. Da hat einfach noch nicht alles auf dem Tisch gelegen. Deshalb hatte ich die Frage gestellt, ob wir wohl nächstes Jahr die SBK-Sitzung ein bisschen später machen könnten, und nicht, wenn gerade alle aus den Ferien zurückkommen. Das Stadtratssekretariat sieht das kritisch, aber vielleicht können sie nochmals schauen, dass man solche Debatten vielleicht zu einem Zeitpunkt macht, an dem man auch über die nötigen Informationen verfügt. Ihr merkt, ich fange mit dem Pièce de Résistance an, der Erhöhung der Kulturförderung. Wir haben ja den Grundsatz, in der Kultur alle 4 Jahre alles auf den Tisch zu legen. Und nachher wollen wir

eigentlich ein Paket schnüren. Das haben wir besonders sorgfältig geschnürt. Die Debatten haben schon im Jahr 2021 angefangen und haben sich nachher hingezogen bis im Winter 2023, als wir gesagt haben: So sieht unsere Kulturförderung für die nächsten 4 Jahre aus. Dann gibt es ein Freeze. Das haben wir bis jetzt immer so gehandhabt. Und dann wird das so eingefroren für die nächsten 4 Jahre. Dieses Mal ist vielleicht die Voraussetzung ein bisschen schwieriger gewesen, denn Winter 2023 war nach der Pandemie. In der Pandemie war sowieso für alle alles anders. Aber für die Kultur war es während der Pandemie und nach der Pandemie noch mal anders. Und das war eben im Winter 2022/23, als wir das diskutiert haben, so der Fall. Die Kultur war eigentlich noch nicht recht wieder angelaufen. Wir haben uns dann auch ein bisschen Sorgen gemacht, ob unser Kulturleben überhaupt so zurückkommt. Die Leute sind noch nicht wie vorher an die Veranstaltungen gegangen. Es war eine etwas unsichere Situation und in dieser Situation haben wir nachher unser Kulturpaket geschnürt. Wir haben klar gesagt, wie wir fördern werden. Wir werden nämlich bei der freien Förderung eben die Vollkosten berücksichtigen, wir wollen, dass es zu einer fairen Entlohnung kommt, dass alle Sozialabgaben abgerechnet werden. Gut, das mit den Sozialabgaben haben wir schon früher gemacht. Aber wir wollen eben auch diese Richtgage berücksichtigen. Und wir haben in der Kulturabteilung auch grosse Arbeit geleistet, um die Richtgage aufzuarbeiten, denn wir sind darin pioniermässig unterwegs. Wir sind überhaupt die allerersten in der Schweiz, die das machen. Was wir nicht haben wissen können, ist, dass die Gesuche unterdessen explodiert sind. Wir hatten letztes Jahr 60% mehr Gesuche als im Jahr 2019. Und das haben wir natürlich im Zeitpunkt, als wir über die Kulturbotschaft entschieden haben, so noch nicht gewusst. Was wir aber gewusst haben, ist, dass es zu einer Verschiebung kommt, und das haben wir euch auch gesagt. Es steht auch in den Grundlagen zur Kulturbotschaft, dass wir deswegen weniger fördern können. Wir werden einfach Richtlöhne zahlen und das macht auch logischerweise aus, dass nachher weniger gefördert werden kann. Das ist auch ein wichtiger Schritt. Wir wollen unsere Kulturförderung nicht irgendwie als Goody, von dem das Prekariat auch noch ein bisschen abbekommt, verstehen. Sondern wir wollen mit unserer Kulturförderung professionelles Kulturschaffen unterstützen und professionelles Kulturschaffen soll auch professionell entschädigt werden, eben nach dem System mit den Richtgagen. Wir sind jetzt daran, die Situation zu analysieren und wir haben das ausgewertet. Wir stehen im ersten Jahr. Es ist noch sehr früh. Daher hätte ich es eigentlich begrüsst, wenn ihr erst einmal eine Planungserklärung gemacht hättet, damit wir die Arbeit hätten abschliessen können, das erste Jahr hätten analysieren und euch dann nächstes Jahr erzählen können, was man macht. Das ist auch die Haltung des Gemeinderates. Wir wären bereit gewesen, die Analyse vorzunehmen. Aber die Diskussionen sind jetzt eben ein bisschen anders gelaufen in den letzten Wochen. Und am letzten Montag sind die Kulturkommissionen noch einmal in die SBK gekommen und haben dort natürlich ihre Sicht noch einmal ausbreiten können und vermutlich die Debatte damit auch noch ein bisschen beeinflusst. Die Verhältnisse haben sich geändert. Ich habe Verständnis, wenn ihr auf das reagieren wollt. Der Gemeinderat hat gefunden, dass man damit warten kann. Aber wir schauen jetzt, wie ihr euch entscheidet. Ich fände es immer noch sauberer, wenn man zuerst die Analyse sauber abschliessen und nachher reagieren würde. Aber item. Ich komme zu den Sitzungsgeldern: Dort bitte ich euch wirklich im gleichen Sinn: Die sind wirklich erst dieses Jahr angepasst worden. Seit Januar gilt das neue System. Jetzt wollen wir das zuerst ausprobieren und danach kann man sagen, ob die Sitzungsgelder gleich wieder erhöht werden müssen. Ich finde 4 Sitzungsgelder zur Vorbereitung einer Sitzung eigentlich gut, also wenn man eine 2-stündige Sitzung einen Tag lang vorbereiten kann. Man müsste auch einmal schauen,

wie viel man noch in eine Sitzungsvorbereitung investieren könnte. Ich finde, dass vierfache Sitzungsgelder zur Vorbereitung eigentlich eine sehr gute Lösung sind. Also, ich bitte euch, diese Erhöhung abzulehnen. Zum Teuerungsausgleich: Dort gilt ein bisschen dasselbe. Es stimmt, der Teuerungsausgleich ist nicht eingerechnet. Das ist so, weil im Jahr 2022, als wir das festgelegt haben, es einfach seit etwa 10, 15 Jahren keine Teuerung gegeben hat. Darum haben wir die Teuerung logischerweise auch nicht eingerechnet. Das System ist so, dass die Teuerung einfach erst Ende der Leistungsverträge, dann am Schluss ex post ausgeglichen wird. Aber die Planungserklärung nehmen wir entgegen, dort besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Jetzt komme ich zum Museumsquartier. Zum Museumsquartier wurde viel richtig gesagt und vieles muss man vielleicht noch ein bisschen präzisieren. Das Museumsquartier ist von der Burgergemeinde, dem Kanton und Stadt sehr stark gefördert worden in den letzten Jahren. Ich glaube weiterhin an die Zukunft des Museumsquartiers. Wir sind aber der Meinung, dass sich vor allem die Museen für das Museumsquartier engagieren sollten. Die Museen sagen alle, das Museumsquartier sei eine strategische Option für sie. Sie wollen dort mitmachen, aber sie wollen nichts investieren. Unsere Museen sind alle gut ausgestattet und wir finden, unsere Museen sollten jetzt dort rein und sollten das vor allem selbst vorantreiben. Die Anschubfinanzierung dauert jetzt schon ein bisschen lange, nämlich die letzten 3, 4 Jahre. Wir haben über 300'000 Franken hineingegeben – nur die Stadt allein. Jetzt ist aber die neue Leitung gekommen und hat gesagt: Wir möchten noch einmal eine Überbrückungsfinanzierung für ein Jahr. Das ist die Abmachung, die wir mit dem Kanton und der Burgergemeinde getroffen haben. Der Kanton und die Burgergemeinde sind bereit, ihre Beiträge zu leisten. Wir wären damit auch gekommen und hätten dann einen Nachkredit haben müssen. Wenn ihr das jetzt schon ins Budget hineinschreibt, dann wird es etwas leichter für uns. Aber das ist nur für ein Jahr. Wir brauchen das nicht für die ganze Periode, das heisst, es braucht nichts in den Planjahren, sondern nur für ein Jahr. Zu den Beiträgen für das Wirtschaftsamt, die beantragt wurden, diese 100'000 Franken für Projekte im Bereich die Kreislaufwirtschaft: Das Wirtschaftsamt sagt nie nein, wenn es mehr Geld bekommt, um solche Projekte finanzieren zu können. Aber grundsätzlich sind wir am Aufbau des Bereichs Kreislaufwirtschaft. Ich komme gleich zum Schluss. Es ist noch nicht ganz 12. Und eigentlich läuft das gut in dem Bereich. Es würde nächstes Jahr auch noch reichen, mit so einem Antrag zu kommen, wenn es denn wirklich nötig sein sollte. Im Moment kennen wir die konkreten Projekte, die wir mit diesen Geldern unterstützen würden, noch nicht. Jetzt zu der Tischvorlage, der Frankierung: Es ist nicht ganz so, wie es gesagt wurde. Es hat keine Planungserklärung zur Vorfrankierung der Abstimmungsküverts gegeben. Es war so.

Der Vizepräsident bittet den Stadtpräsidenten, sein Votum nach einem Satz zu beenden.

Aber in einem Satz kann ich das nicht erklären. Entweder wollt ihr es wissen oder nicht. Wollt ihr es wissen? Wenn ihr es nicht wissen wollt, kann ich es euch halt nicht erklären.

Der Vizepräsident wiederholt seine Bitte.

Also, ich packe jetzt alles in einen Satz hinein und dieser Satz lautet wie folgt: Im Januar habt ihr – ihr könnt euch erinnern – über Abstimmungsbriefkästen diskutiert, zu denen ich nachher gesagt habe, besser als Abstimmungsbriefkästen wäre vielleicht eine Vorfrankierung, zu der nachher von der GB/JA!-Fraktion eine Motion eingereicht wurde, die der Gemeinderat nachher positiv beantwortet hat, die ihr aber leider noch nicht

behandelt habt und noch nicht habt überweisen können, worauf wir nachher, wenn sie überwiesen ist, was aber noch nicht passiert ist, eine Vorlage ausarbeiten würden, was aber für 2025 nicht reichen würde, so dass ihr das vielleicht gescheiter 2026 einstellen würdet, weshalb ihr den Budgetantrag und die Planungserklärung ablehnen könnt. Merci.

Vizepräsident: Wir kommen somit auch hier zu den Abstimmungen. Ich mache euch darauf aufmerksam, dass es eine Tischvorlage gibt mit einem Antrag und einer Planungserklärung. Über diese werden wir ganz am Schluss abstimmen. Zudem bitte darauf achten, dass wir hier, wie heute Morgen das erste Mal, 2 Gegenüberstellungen haben werden. Ich werde euch das noch sagen. Für jene, die die Antragsliste ausgedruckt vor sich haben: Wir sind auf Seite 12, bei Antrag 66. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 66.

Abstimmungen Direktion GuB/PRD

Antrag

66 GPK

Budget, GuB

010_Stadtrat

Das Budget des Stadtrats 2025 ist um 50'000 Franken zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 029

2023.FPI.0096: Antrag 66

Annahme

Ja	64
Nein	1
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir stimmen ab über Antrag 67 GPK.

Antrag

67 GPK

Planjahr, GuB

010_Stadtrat

Für die Planjahre 2026 ff. ist das Budget des Stadtrats 2025 um 50'000 Franken zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 030

2023.FPI.0096: Antrag 67

Annahme

Ja	56
Nein	9
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag 68 AL/PdA, JUSO, JA!.

Antrag
 68 AL/PdA, JUSO, JA
 Budget, GuB
 030_Gemeinderat
 Der Globalkredit ist um Fr. 70'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 031

2023.FPI.0096: Antrag 68

Annahme

Ja	38
Nein	26
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 127 AL/PdA, Halua.

Antrag
 127 AL/PdA, Halua Pinto de Magalhães (SP)
 Budget, PRD
 101_Personal_Finzen_und_digitale_Entwicklung
 Der Globalkredit für «Personal, Finanzen und digitale Entwicklung» ist um Fr. 120'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 032

2023.FPI.0096: Antrag 127

Ablehnung

Ja	15
Nein	47
Enthalten	3

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 128 AL/PdA, Halua.

Antrag
 128 AL/PdA, Halua Pinto de Magalhães (SP)
 Planjahr, PRD
 101_Personal_Finzen_und_digitale_Entwicklung
 Der Globalkredit ist für die Planjahre 2026 bis 2028 um Fr. 120'000 für «Personal, Finanzen und digitale Entwicklung» zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 033

2023.FPI.0096: Antrag 128

Ablehnung

Ja	14
Nein	48
Enthalten	3

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Und wir kommen noch zu Antrag 129 ebenfalls AL-PdA, Halua.

Antrag

129 AL/PdA, Halua Pinto de Magalhães (SP)

Planjahr, PRD

101_Personal_Financen_und_digitale_Entwicklung

Neue übergeordnete Zielsetzung: Förderung Ausrichtung auf offene Standards bei Hard- und Software (FOSS).

Abstimmung Nr. 034

2023.FPI.0096: Antrag 129	
Ablehnung	
Ja	26
Nein	37
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 103 FDP/JF.

Antrag

103 FDP/JF

Budget, PRD

105_Fachstelle_für_die_Gleichstellung_in_Geschlechterfragen

Auf den Ausbau von Stellen für die Überprüfung der Lohngleichheit bei der städtischen Auftragsvergabe sei zu verzichten. Der Mehraufwand sei durch eine bis jetzt vorgenommene Aufgabe zu kompensieren bzw. sei dafür eine bis jetzt vorgenommene Aufgabe zu streichen. Das Budget ist um Fr. 50 000.00 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 035

2023.FPI.0096: Antrag 103	
Ablehnung	
Ja	13
Nein	49
Enthalten	0

Vizepräsident: Abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 104 FDP-Jungfreisinn.

Antrag

104 FDP/JF

Planjahr, PRD

105_Fachstelle_für_die_Gleichstellung_in_Geschlechterfragen

Auf den Ausbau von Stellen für die Überprüfung der Lohngleichheit bei der städtischen Auftragsvergabe sei zu verzichten. Der Mehraufwand sei durch eine bis jetzt vorgenommene Aufgabe zu kompensieren bzw. sei dafür eine bis jetzt vorgenommene Aufgabe zu streichen.

Abstimmung Nr. 036

2023.FPI.0096: Antrag 104

Ablehnung

Ja	15
Nein	49
Enthalten	0

Vizepräsident: Abgelehnt. Jetzt bitte aufpassen. Wir kommen zur Gegenüberstellung bei den Kulturgeldern. Wir haben einen Antrag 69 SBK-Minderheit mit einer Erhöhung um 900'000 Franken. Den stellen wir gegenüber dem Antrag 105 SP-JUSO für eine Erhöhung um 620'000 Franken. Wer den SBK-Minderheitsantrag für plus 900'000 Franken annehmen will, drückt Grün, wer dem Antrag der SP-JUSO plus 620'000 Franken zustimmen will, drückt Rot.

Antrag

69 SBK-Minderheit

Budget, PRD

110_Kultur_Stadt_Bern

Aufstockung der Förderung um Fr. 900'000.- für den Anteil für Honorare und Sozialleistungen, so dass gleich viele Projekte wie vor dem Systemwechsel 2024 gefördert werden können.

105 SP/JUSO

Budget, PRD

110_Kultur_Stadt_Bern

Aufstockung der Förderung um Fr. 620'000.- für den Anteil für Honorare und Sozialleistungen, so dass gleich viele Projekte wie vor dem Systemwechsel 2024 gefördert werden können.

Abstimmung Nr. 037

2023.FPI.0096: Antrag 69 vs. Antrag 105

Antrag 105 obsiegt

Ja	23
Nein	41
Enthalten	0

Vizepräsident: Der Antrag von der SP-JUSO obsiegt. Wir stimmen somit über den obsiegenden Antrag 105 SP-JUSO ab. Wer das Budget um 620'000 Franken erhöhen will, stimmt Ja, wer dagegen ist, stimmt Nein.

Abstimmung Nr. 038

2023.FPI.0096: Antrag 105

Annahme

Ja	44
Nein	18
Enthalten	3

Vizepräsident: Der Antrag ist angenommen. Antrag 70 Lukas Gutzwiller ist zurückgezogen Antrag 71 SBK-Minderheit ist zurückgezogen. Wir stimmen ab über den Antrag 106 FDP/JF.

Antrag

106 FDP/JF

Budget, PRD

110_Kultur_Stadt_Bern

Auf den Ausbau von Stellen für die Beratung im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Gesuchen für die Kulturförderung sei zu verzichten. Das Budget ist um Fr. 65 000.00 zu reduzieren.

Abstimmung Nr. 039

2023.FPI.0096: Antrag 106

Ablehnung

Ja	16
Nein	49
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag 107 SP/JUSO.

Antrag

107 SP/JUSO

Budget, PRD

110_Kultur_Stadt_Bern

Der Globalkredit ist um Fr. 75'000 für den Beitrag der Stadt Bern an den Verein Museumsquartier Bern zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 040

2023.FPI.0096: Antrag 107

Annahme

Ja	42
Nein	21
Enthalten	1

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir sind bei Antrag 108.

Antrag

108 SP/JUSO

Planjahr, PRD

110_Kultur_Stadt_Bern

Aufstockung der Förderung um Fr. 620'000.- für den Anteil für Honorare und Sozialleistungen, so dass gleich viele Projekte wie vor dem Systemwechsel 2024 gefördert werden können.

Abstimmung Nr. 041

2023.FPI.0096: Antrag 108 (Abstimmung ungültig)

Annahme

Ja	39
Nein	22
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt die Planungserklärung angenommen. Excusez, diese Abstimmung könnt ihr vergessen. Wir müssen nämlich zuerst gegenüberstellen, entschuldigt den Fehler. Wir müssen zuerst den Antrag 108 SP-JUSO dem Antrag 75 SBK gegenüberstellen. Das ist eigentlich dasselbe wie vorher. Jetzt sind wir bei der Planungserklärung. Hier ist jetzt 108 SP-JUSO grün für 620'000 Franken und die SBK 75 ist rot für 900'000 Franken. Wer der Planungserklärung von SP-JUSO plus 620'000 Franken den Vorzug geben will, drückt Grün. Wer dem SBK-Antrag plus 900'000 Franken den Vorzug geben will, drückt Rot.

Antrag

108 SP/JUSO

Planjahr, PRD

110_Kultur_Stadt_Bern

Aufstockung der Förderung um Fr. 620'000.- für den Anteil für Honorare und Sozialleistungen, so dass gleich viele Projekte wie vor dem Systemwechsel 2024 gefördert werden können.

75 SBK

Planjahr, PRD

110_Kultur_Stadt_Bern

Aufstockung der Förderung um Fr. 900'000.- für den Anteil für Honorare und Sozialleistungen, so dass gleich viele Projekte wie vor dem Systemwechsel 2024 gefördert werden können.

Abstimmung Nr. 042

2023.FPI.0096: Antrag 108 vs. Antrag 75

Antrag 108 obsiegt

Ja	39
Nein	24
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt dem Antrag von SP-JUSO beziehungsweise der Planungserklärung SP-JUSO den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit jetzt über die Planungserklärung 108 SP-JUSO ab.

Abstimmung Nr. 043

2023.FPI.0096: Antrag 108

Annahme

Ja	43
Nein	20
Enthalten	2

Vizepräsident: Sie haben die Planungserklärung angenommen. Wir kommen jetzt zum Antrag 72 SBK-Minderheit. Der ist zurückgezogen. Entsprechend stimmen wir ab über den Antrag 73.

Antrag
 73 AL/PdA
 Planjahr, PRD
 110_Kultur_Stadt_Bern
 Der Globalkredit ist um Fr. 65'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 044

2023.FPI.0096: Antrag 73	
Ablehnung	
Ja	19
Nein	46
Enthalten	0

Vizepräsident: Abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 74 SBK.

Antrag
 74 SBK
 Planjahr, PRD
 110_Kultur_Stadt_Bern
 Der Gemeinderat muss in allen Leistungsverträgen zum jeweils baldmöglichsten Zeitpunkt einen Teuerungsausgleich gewähren und entsprechende Mittel einstellen.

Abstimmung Nr. 045

2023.FPI.0096: Antrag 74	
Annahme	
Ja	38
Nein	27
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt dem zugestimmt. Wir kommen zu Antrag 109.

Antrag
 109 FDP/JF
 Planjahr, PRD
 110_Kultur_Stadt_Bern
 Auf den Ausbau von Stellen für die Beratung im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Gesuchen für die Kulturförderung sei zu verzichten.

Abstimmung Nr. 046

2023.FPI.0096: Antrag 109	
Ablehnung	
Ja	22
Nein	43

Enthalten	0
-----------	---

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 110 SP-JUSO.

Antrag

110 SP/JUSO

Planjahr, PRD

110_Kultur_Stadt_Bern

Der Globalkredit ist für die Planjahre 2026 bis 2028 um Fr. 75'000 pro Jahr für den Beitrag an den Verein Museumsquartier Bern zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 047

2023.FPI.0096: Antrag 110

Annahme

Ja 40

Nein 25

Enthalten 1

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zum Antrag 111 SP/JUSO.

Antrag

111 SP/JUSO

Budget, PRD

160_Wirtschaftsamt

Der Globalkredit ist um Fr. 100'000 für das Wirtschaftsamt zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 048

2023.FPI.0096: Antrag 111

Ablehnung

Ja 21

Nein 40

Enthalten 4

Vizepräsident: Abgelehnt. Wir kommen zu Antrag 112 SP/JUSO.

Antrag

112 SP/JUSO

Planjahr, PRD

160_Wirtschaftsamt

Der Globalkredit ist für die Planjahre 2026 bis 2028 um Fr. 100'000 für das Wirtschaftsamt zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 049

2023.FPI.0096: Antrag 112

Ablehnung

Ja	21
Nein	40
Enthalten	4

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Bitte bleibt konzentriert und ruhig. Es sind nicht mehr viele Abstimmungen. Wir kommen zu Antrag 130 SP-JUSO.

Antrag

130 SP/JUSO

Planjahr, PRD

übergeordnet

Der Gemeinderat muss in allen Leistungsverträgen zum jeweils baldmöglichsten Zeitpunkt einen Teuerungsausgleich gewähren und entsprechende Mittel einstellen.

Abstimmung Nr. 050

2023.FPI.0096: Antrag 130	
Annahme	
Ja	38
Nein	27
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Jetzt müsst ihr die Tischvorlage hervorheben. Es ist ein Budgetantrag mit entsprechend gleichlautender Planungserklärung. Wir haben somit zuerst die Abstimmung über den Budgetantrag AL-PdA, JA!. Es ist eine Tischvorlage. Darum sage ich noch kurz, worum es geht. Es geht um die Erhöhung des Globalkredits der Stadtkanzlei um 150'000 Franken. Wer diesem Budgetantrag zustimmt, drückt Grün und sonst Rot.

Antrag

AL/PdA, JA!

Budget, GuB

040_Stadtkanzlei

Der Globalkredit ist um CHF 150'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 051

2023.FPI.0096: Antrag Tischvorlage, Budget	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	39
Enthalten	4

Vizepräsident: Abgelehnt. Jetzt wären wir bei der gleichlautenden Planungserklärung. Es soll also der Globalkredit in den Planjahren um 150'000 Franken erhöht werden.

Antrag

AL/PdA, JA!

Planjahr, GuB

040_Stadtkanzlei

Der Globalkredit ist um CHF 150'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 052

2023.FPI.0096: Antrag Tischvorlage, Planungserklärung

Annahme

Ja	45
Nein	16
Enthalten	3

Vizepräsident: Diese Planungserklärung ist angenommen. Jetzt, ganz wichtig: Wir unterbrechen ganz kurz, damit Michael Aebersold und seine Leute rechnen können. Ich bitte euch, bleibt im Saal sitzen, bleibt ruhig. Michael wird nachher gerade das Ergebnis bekanntgegeben und direkt im Anschluss findet die Schlussabstimmung statt.

Danke für das disziplinierte Warten. Es ist fertigausgerechnet. Gemeinderat Michael Aebersold gibt uns das Ergebnis der Finanzdebatte bekannt.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Das Resultat sieht folgendermassen aus: Änderungen hat es ausschliesslich bei Ziffer 2.1 gegeben, beim Finanzhaushalt im Allgemeinen Haushalt. Der Aufwand beträgt neu 1'462'539'332 Franken. Der Ertrag ist unverändert bei 1'432'765'598 Franken und das Defizit hat sich erhöht auf 29'773'734 Franken.

Wie gesagt: Die Sonderrechnungen Tierpark, Stadtentwässerung, Fonds und Entsorgung und Recycling bleiben unverändert wie im AFB auf Seite 44 unter den Beschlüssen des Stadtrats aufgeführt.

Vizepräsident: Vielen Dank, Michael. Wir kommen somit zur Schlussabstimmung über die bereinigte Vorlage.

Die erste Abstimmung ist die Genehmigung des Budgets 2025 unter Berücksichtigung der Steueranlage, den Liegenschaftssteuern und den Sonderrechnungen. Wer den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das so bereinigte Budget zur Annahme empfehlen will, drückt Grün. Wer es zur Ablehnung empfiehlt, Rot, und sonst enthaltet ihr euch.

Abstimmung Nr. 053

2023.FPI.0096: Schlussabstimmung über die bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	43
Nein	23
Enthalten	0

Vizepräsident: Ihr stimmt dem Budget zu. Wir kommen zur Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten. Es gab bekanntlich keine Anträge dazu. Wer diese entsprechend genehmigen will, drückt Grün, wer diese ablehnt, Rot, und Weiss, wer sich enthalten will.

Abstimmung Nr. 054

2023.FPI.0096: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	53
Nein	5
Enthalten	8

Vizepräsident: Ihr habt der Abstimmungsbotschaft zugestimmt. Jetzt noch die letzte Abstimmung der diesjährigen Finanzdebatte. Es geht um die Wertung des Aufgaben- und Finanzplans. Wer den Aufgaben- und Finanzplan zustimmend zur Kenntnis nehmen will, drückt Grün, wer ihn ablehnend zur Kenntnis nimmt, drückt Rot, und wer ihn ohne Wertung zur Kenntnis nimmt, drückt Weiss.

Abstimmung Nr. 055

2023.FPI.0096: Kenntnisnahme AFP	
Annahme	
Ja	37
Nein	22
Enthalten	7

Vizepräsident: Ihr habt den AFP mit 37 zustimmenden Voten gegenüber 22 ablehnenden Voten bei 7 Voten ohne Wertung zur Kenntnis genommen.

Das war die diesjährige Finanzdebatte. Wie ihr wisst, haben wir nichts anderes traktandiert. Die Sitzung von heute wäre somit beendet. Ich wünsche euch allen schöne Herbstferien. Wir sehen uns im Oktober wieder.

Nehmt noch ganz viel Essen mit. Wir wären den ganzen Nachmittag bis spät am Abend verpflegt gewesen. Helft Food Waste verhindern, esst das Zeug. Merci vielmals.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat hat alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Nik Eugster (FDP), Janina Aeberhard (GLP), Béatrice Wertli (Mitte), Janosch Weyermann (SVP): Politik im Hinterzimmer – Sind rot-grüne Arbeitsgruppen bei der Stadt Bern wirklich Standard?
2. Kleine Anfrage Corina Liebi (JGLP): Ausländerrechtliche Konsequenzen: Welche Risiken birgt der Sozialhilfebezug?
3. Motion Thomas Hofstetter (FDP), Simone Richner (FDP): GEAK-Plus-Bericht als Voraussetzung für alle Liegenschaftskäufe der Stadt Bern zur Erreichung des Netto-Null-Ziels
4. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Hat das Farbsack-Trennsystem die Steuerzahl tatsächlich CHF 3 Mio gekostet, bis die Erkenntnis zum Marchhalt gekommen ist?

Schluss der Sitzung: 12.20 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.11.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

08.11.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper